

Sozialdemokraten

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 5307.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.



16. Jahrgang

Sonntag, 4. Oktober 1936

Nr. 231

Budget 1937:
8455 Millionen Kč
Steigerung um 5 Prozent

Prag. Nach den Informationen des Tsch. P.-B. aus kompetenten Kreisen hat die Regierung in ihrer Freitag-Sitzung die Budgetziffern gemäß dem Vorschlage des Finanzministers Doktor Rausch genehmigt. Dieser Entscheidung der Regierung zufolge werden die Ausgaben im Budget für 1937 rund 8455 Millionen Kč und die Einnahmen rund 8456 Millionen Kč betragen. Für 1936 waren im Budget Ausgaben von 8032 Millionen und Einnahmen von 8033 Millionen vorgesehen. Die Erhöhung der Ausgaben Seite beträgt also 423 Millionen oder 5,25 Prozent.

Das Bestreben der Regierung ging dahin, daß das Budgetgleichgewicht hergestellt werde und daß die Nationalversammlung bei rechtzeitiger Vorlage des Budgets genügend Zeit zu dessen ordnungsmäßigen Durchberatung habe. Ramentlich der Ministerpräsident Dr. Gobja hat auf die ehestige Vorlegung des Budgets an die Nationalversammlung großen Einfluß genommen.

Die Neutralitäts-Komödie

Madrid. In einem Kommuniqué, welches die spanische Regierung über die Ereignisse vom 8. Juli bis 29. September veröffentlicht hat, heißt es:

Am 20. September landeten in Tetuan 12 deutsche Großflugzeuge. Sie wurden dort zum Transport von Fremdenlegionären nach Sevilla benützt. Am 12. September lief in Rio Martin unweit von Tetuan der italienische Frachtdampfer „Alcantara“ aus Triest ein, dessen Ladung aus Gasbomben, Flugzeugbestandteilen und Waffen bestand. Am 6. September landeten drei italienische Bombenflugzeuge auf Mallorca, wo auch der Dampfer „Nereide“ aus Genua vor Anker ging, der eine Ladung von 350 Tonnen Kriegsmaterial, insbesondere schwerer Bomben, an Bord führte. In Sevilla traf am 7. September ein Zug von 23 Waggons aus Portugal ein, der mit Bestandteilen von 14 Flugzeugen beladen war, die aus Hamburg stammen.

Die portugiesischen Waffenfabriken lieferten an die Aufständischen eine große Menge von Maschinengewehren und Artilleriemunition. Die spanische Regierung hat in Erfahrung gebracht, daß am 27. September aus Lissabon Kriegsmaterial und Kampfgas, die aus Italien stammen, an die spanische Grenze gebracht wurden.

London. (Reuters.) In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Regierung den Inhalt der Mitteilung sorgfältig prüft, welche die Madrider Regierung dem Völkerbunde zugehen ließ und in der behauptet wird, daß Italien und Deutschland das Abkommen betreffend die Nichteinmischung in die inneren spanischen Kämpfe verletzen.

Die beiden Flotten stoßen aufeinander?

Gibraltar. Wie der Reuters-Korrespondent aus glaubwürdiger Quelle erfährt, ist die spanische Regierung entschlossen, welche den vergeblichen Versuch unternommen hat, die Blockade vor dem Hafen von Bilbao zu durchbrechen, in der Richtung gegen Gibraltar abgedampft. Man rechnet mit der Möglichkeit eines neuen Zusammenstoßes zwischen den Flotten der Regierung und der Aufständischen.

26.000 Tonnen-Schlachtschiff in Wilhelmshaven vom Stapel gelassen

Wilhelmshaven. Samstag mittags wurde hier in Anwesenheit des Reichslanzlers Götter das Schlachtschiff „Scharhorst“ vom Stapel gelassen. Die Wasserverdrängung des neuen Schlachtschiffes „Scharhorst“ beträgt 26.000 Tonnen, die Länge 228 Meter, die größte Breite 80 Meter. Das größte Kaliber des Schiffes beträgt 28 Zentimeter.

Neue Kč-Devaluation angekündigt

Im Höchstausmaß von 16% — Parlament für Mittwoch, Senat für Freitag einberufen

Prag. Amtlich wird gemeldet: Für Montag, den 5. Oktober, ist eine Sitzung der Wirtschaftsminister einberufen, um sich im Sinne der am 2. Oktober getroffenen Entschliessung des Ministerrates mit dem Einfluß der internationalen Währungsentwicklung auf die Währungslage der Tschechoslowakei zu befassen.

Auf Grund der heutigen Beratungen der Regierungsfaktoren werden die Wirtschaftsminister in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und der Nationalbank einen Gesetzentwurf ausarbeiten, durch den der Goldgehalt der tschechoslowakischen Krone vermindert wird. Durch diese Maßnahme wird die Devaluation der tschechoslowakischen Krone vom Jahre 1934 auf jenes Maß ergänzt, das aus der Entwicklung der internationalen Devisenmärkte unausschießbar auferlegt, nachdem es nach der französischen Devaluation noch zur Devaluation der schweizerischen und der holländischen Währung, d. i. zum Zerfall des Goldblocks, gekommen ist.

Aus der heutigen internationalen Währungsentwicklung ist ersichtlich, daß die Tschechoslowakei noch eine Devaluation in dem beabsichtigten Umfang durchführen kann, ohne Maßnahmen des Auslandes gegen die tschechoslowakischen Waren hervorzurufen und ohne das Gleichgewicht auf dem heimischen Märkte in schädlicher Weise zu stören, d. i. ohne ihr inneres Preisniveau wesentlich ins Schwanken zu bringen.

Um unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben möglichst verlässliche und dauernde Garantien der Stabilität zu schaffen, wird dem Ministerium des Inneren und dem ihm angehörenden Kollegium der Vertreter der wirtschaftlichen und sozialen Interessen die Aufgabe und die Vollmacht erteilt werden, daß es in keinem Fall zu einer unbegründeten Verteuerung kommen könne.

Die Devaluation der tschechoslowakischen Krone wird es unserer Wirtschaft ermöglichen, sich rechtzeitig und zweckmäßig den Bestrebungen der Weststaaten betreffend eine allmähliche Entspannung anzuschließen, deren eine Voraussetzung der allgemeine Wirtschaftsfriede ist, dem die eben durchgeführte Devaluation der Währungen des Goldblocks den Weg öffnen soll.

Das Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung wird zu einer Sitzung für Mittwoch, den 7. Oktober, und der Senat der Nationalversammlung für Freitag, den 9. Oktober, einberufen werden. Die Regierung der Republik wird in diesen beiden Sitzungen den beiden Kammern der Nationalversammlung ihren Entwurf betreffend die Neuregelung der tschechoslowakischen Währung vorlegen.

Das Ausmaß der Devaluation, über das sich die offizielle Meldung nicht ausdrückt, dürfte nach unseren Informationen 16 Prozent der heutigen Parität nicht überschreiten.

Wie verlautet, wird die Regierung die wirtschaftliche Entwicklung bis Ende dieses Jahres aufmerksam verfolgen und sich gegebenenfalls in diesem Zusammenhang auch mit den Einkommensverhältnissen der Staatsangehörigen befassen.

Frankreich zieht die Konsequenzen

Auflockerung der Kontingente — Herabsetzung der Zölle

Paris. Die französische Regierung hat durch ein Dekret 107 Arten von Einfuhrkontingente aufgehoben und beabsichtigt, wie verlautet, die Aufhebung von etwa 200 bei einer Gesamtzahl von ungefähr 1200. Die näheren Einzelheiten wird der Ministerrat zu Beginn der nächsten Woche durchberaten.

Beim Wirtschaftsministerium wird eine Kommission errichtet werden, welche damit beauftragt werden wird, unberechtigten Preisrückstellungen, welche durch die Erhöhung der Einfuhr ausländischer Konkurrenzwaren verursacht werden konnten, entgegenzutreten. Diese Kommission wird den zuständigen Ministerien die

betreffenden Zolltarifregulierungen sowie die Regelung von Gebühren für die Bewilligung der Einfuhr vorschlagen, ja sie wird auch die Aufhebung der Kontingente vorschlagen, in dem Maße, in dem sie in der Praxis nicht mehr in Anwendung sind.

Durch Sonderdekret wurde der Zoll auf nichtkontingentierte Waren herabgesetzt. Die Herabsetzung wird ab 6. Oktober 1936 gelten und 20 Prozent für Rohstoffe, 17 Prozent für Erzeugnisse oder Halbfabrikate betragen. Durch ein weiteres Dekret wird ab 6. Oktober die Zollgebühr auf kontingentierte Waren um 20 Prozent herabgesetzt.

Blum vermittelt

Paris. Der Umstand, daß der französische Ministerpräsident Blum Samstag vormittags in Vert nacheinander den polnischen Außenminister Bede und den tschechoslowakischen Gesandten Dr. Oslich empfangen hat, hat die Aufmerksamkeit der Genfer Berichterstatter der Pariser Abendblätter hervorgerufen.

Der Korrespondent des „Paris Soir“ Sauerwein schreibt, daß diese beiden aufeinanderfolgenden Besuche bei Leon Blum ein Beweis dafür sind, daß der französische Ministerpräsident eine Annäherung zwischen Polen und der Tschechoslowakei anstrebt.

Jugoslawien profitiert an der Francabwertung

Belgrad. Die „Breme“ schreibt, daß die Abwertung des Franc um fast ein Drittel unter Beibehaltung des jetzigen Dinarwertes gleichzeitig eine Herabsetzung der jugoslawischen Staatsschulden bedeutet, die überwiegend auf Franc lauten. An Zinsen und Amortifikationen zahlt Jugoslawien in Francs 265 Millionen jährlich, so daß in Dinar eine Ersparnis von mehr als 180 Millionen Dinar erzielt würde.

Die Welle der Abwertung, die von Frankreich ausgegangen ist, hat nun auch unser Vaterland erreicht. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik hat einer Aenderung des Verhältnisses zur Krone, wie es bereits einmal im Februar 1934 geschehen ist, zugestimmt. Damals wurde der Goldgehalt der Krone von 41,58 auf 37,15 mg Gold herabgesetzt. Heute soll die Abwertung ebenfalls höchstens ein Ausmaß von 16 Prozent erreichen. Die endgültige Entscheidung darüber liegt jedoch noch in den Händen der Wirtschaftsminister, des Ministerrates und letzten Endes des Parlaments.

Warum hat sich die Regierung zu dem in das Wirtschaftsleben so einschneidenden Mittel der Abwertung der Krone entschlossen? Was uns dazu gezwungen hat, ist vor allem die Tatsache, daß die anderen abgewertet haben. Seit dem Jahre 1931, da das englische Pfund in seinem Wert herabgesetzt wurde, hat eine Reihe von Ländern wie die nordischen Länder, die Vereinigten Staaten, Südamerika, die englischen Dominions, Japan und andere, mit denen wir auf dem Weltmarkt zu konkurrieren haben, das Verhältnis ihrer Währungen zum Gold geändert. Auch Deutschland, welches formal noch nicht abgewertet hat, hat für den Auslandsverkehr Marksorten geschaffen, deren Wert tief unter dem offiziellen Kurs der Mark liegt. Die Folge davon war, daß

die tschechoslowakische Industrie im Auslande konkurrenzunfähig geworden

ist und das trifft besonders jene Industrien, die im deutschen Gebiete liegen (Textil-, Porzellan-, Glasindustrie) und damit die sudetendeutschen Arbeiter. Die Konkurrenzunfähigkeit unserer Industrie gegenüber der Industrie jener Länder, welche bereits abgewertet haben, ist eine der Ursachen — allerdings nicht die einzige — der Massenarbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten der Republik.

Nun wird man einwenden, daß die Tschechoslowakische Republik schon einmal, und zwar im Februar 1934, den Wert der Kč um 16 1/2 Prozent herabgesetzt hat. Wie sich nun nach mehr als zwei Jahren gezeigt hat, war das Maß dieser Herabsetzung zu gering. Warum? Weil England und die Vereinigten Staaten um etwa 40 Prozent, die nordischen Staaten um etwa 40 bis 50 Prozent abgewertet haben, so daß wir die Konkurrenz mit diesen Ländern absolut nicht aufnehmen können. Deswegen war es notwendig, die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie in bezug auf den Preis durch eine noch stärkere Abwertung der Kč herzustellen.

Nun könnte weiters gesagt werden, daß eine Abwertung der Kč eine Erhöhung der Preise zur Folge haben wird, d. h., daß die bestehenden Löhne an Kaufkraft verlieren. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Regierung, wenn alle sie stützenden Parteien wollen, Mittel zur Verfügung stehen, um

den ungerechtfertigten Freisanstieg zu verhindern.

Der Preis des Getreides ist durch das Getreidemonopol gebunden — man kann nunmehr den Wert und Nutzen des Getreidemonopols ermessen — und auch alle anderen Lebensmittel, Gebrauchsgüter und Industriewaren, welche im Inland, bzw. aus im Inland hergestellten Rohstoffen erzeugt werden, müssen durchaus im Preise nicht steigen, weil dazu ein volkswirtschaftlicher Grund nicht gegeben ist. Wohl wird die Spekulation die Entwertung der Kč zur Preissteigerung ausnützen, aber dem muß mit dem ganzen Gewicht der staatlichen Verwaltung entgegengetreten werden. Hier erweist unferer Verwaltung eine große Aufgabe und an uns liegt es zu kontrollieren, ob die Bürokratie auch die Weisungen der Regierung stunggemäß verwirklicht. Anders ist es mit den Preisen jener Waren, die aus dem Auslande kommen oder zu deren Erzeugung man ausländische Rohstoffe braucht. Sofern es sich um fremdländische Lebensmittel handelt, wie Reis, kann die Preiserhöhung wettgemacht werden durch die

a b f e k u n g d e s P o l l e s. Es tritt also an die Regierung die Pflicht heran, jene Positionen des Zolltarifs herabzusetzen, wodurch der Preisanstieg ausländischer Einfuhrwaren vermindert wird. Was nun Industrieartikel betrifft, die aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden, (Textilwaren) so ist zunächst festzuhalten, daß die Preise der Fertigfabrikate nicht nur bestimmt werden durch die Preise der Rohstoffe, sondern auch durch Löhne, soziale Abgaben, Regie, Bankschulden, die augenblicklich gleich bleiben, so daß eine stärkere Erhöhung von Textilwaren verhindert werden kann. Auch da ist Aufgabe der Regierung und Verwaltung Mißbräuche jener Unternehmer und Zwischenhändler abzustellen, für die die Entwertung der KC nur ein Anlaß ist, ihre Gewinne zu erhöhen.

Allerdings muß gesagt werden, daß die Devaluation der KC allein unsere Ausfuhr und damit unsere Wirtschaft nicht beleben wird. Es ist nur eine wichtige Voraussetzung der Exportbelebung, indem sie, was die Preise anbelangt, die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie mit jener der anderen Länder herstellt. Der Vorteil, den unsere Industrie dadurch erlangen wird, muß aber auch ausgegüht werden. Wir müssen zu jenen neuen Exportmethoden greifen, über die wir schon des öfters geschrieben haben, und die von anderen Ländern erfolgreich angewendet wurden. Es ist heute z. B. nicht möglich, daß eine Unternehmung in allen jenen Ländern ihren Vertreter hat, mit welchem Geschäftsbeziehungen angeknüpft werden können, sondern es müßten sich die Unternehmungen zusammenschließen, d. h. es müßten

anstelle individueller kollektive Exportmethoden treten. Das Exportinstitut der Tschechoslowakischen Republik bietet die Möglichkeit dazu die Anstellung gemeinsamer Vertreter für mehrere industrielle Betriebe und mehrere Industrien durchzuführen.

Diese kollektiven Exportmethoden sind auch notwendig infolge der Tatsache, daß sich einzelne tschechoslowakische industrielle Betriebe im Auslande gegenseitig unterbieten, wodurch solche Preise erzielt werden, die einen Export überhaupt unmöglich machen. Da müßten wir zu einer gewissen

staatlich kontrollierten Subsidierung der Exportindustrie

gelangen, damit solche, die tschechoslowakische Ausfuhr schädigende Exportmethoden abgeschafft werden.

Dieselbe Aktivität muß aber auch der Staat auf dem Gebiet des Außenhandels entfalten. Es gilt

unser ganzes Handelsvertragsystem zu revidieren

und anstelle bestehender ganz unzureichender Kontingentverträge neue zu setzen. Insbesondere unsere Handelsverträge mit den beiden anderen Ländern der Kleinen Entente sowie mit Frankreich müssen revidiert werden, es müssen für unsere Industrie größere Kontingente erzielt werden. Auch die Ausfuhr nach der Sowjetunion kann dadurch gesteigert werden, daß man der Sowjetunion größere Kredite gibt als bisher, was umso leichter möglich ist, als die SU bisher allen ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande nachgekommen ist. Außerdem bleibt noch immer eine Reihe von Ländern übrig, mit denen wir überhaupt keine Handelsverträge besitzen. Wir verweisen darauf, daß es in Südamerika, welches sich in wirtschaftlichem Aufschwung befindet und daher für unsere Waren aufnahmefähig ist, mehr

als 20 Staaten gibt, während wir nur mit zweien von ihnen Handelsverträge abgeschlossen haben. Die übrigen behandeln die Tschechoslowakei nach ihren Maximaltarifen und so werden unsere Erzeugnisse dort diskriminiert. Man sieht, also, daß auch auf dem Gebiet der Handelspolitik dem Staat noch große Aufgaben gestellt sind, wenn wir unsere Wirtschaft beleben wollen.

Auch an die Kartelle darf man im Zusammenhang mit dem Schritt der Regierung nicht vergessen. Der Bevölkerung im Lande kann das Leben dadurch erleichtert werden, daß man jene Kartelle, die sich mit sogenannten bürgerlichen Gewinnen nicht begnügen, stark kontrolliert, die Produktionskosten der von ihnen erzeugten Waren untersucht und dadurch zu einer Preisherabsetzung gelangt. Es gibt Kartelle, welche gewisse industrielle Rohstoffe ins Ausland billiger verkaufen, als im Inlande, wodurch jene Industrien, welche diese Rohstoffe verarbeiten, im Auslande konkurrenzunfähig sind. Wir wollen nur auf die Musikinstrumentenindustrie verweisen, die die Rohmaterialien, wie z. B. Weich für die Blasinstrumente teurer bezahlet, als die Erzeuger jenseits des Erzgebirges.

Schließlich darf man auch nicht an der Tarifpolitik

vorübergehen. Wir sind ein Binnenstaat, der nur konkurrenzfähig sein kann, wenn er durch niedrige Tarife unseren Waren den Weg ins Ausland erleichtert.

Aufgabe aller Vertrauensmänner der sozialistischen Arbeiterbewegung, der Partei und Gewerkschaften aber ist es auch

die Löhne der Arbeiterschaft und ihre Lebenshaltung aus der Krise herauszuführen.

Fest steht, daß eine gewisse Wirtschaftsbelebung schon im heutigen Sommer eingetreten ist. Wir hoffen, daß auch die Abwertung der Krone sowie alle anderen Maßnahmen, von denen wir einige hier aufgezählt haben, dazu beitragen werden, eine weitere Anforberung unserer gesamten Volkswirtschaft und insbesondere unserer sudetendeutschen Exportindustrie zu erzielen, Tausenden von Arbeitern wieder ihren Beruf zu geben, Tausende von Menschen aus der Verzweiflung zu reißen, in die sie jahrelang herabgesunken sind. An der Belebung der Wirtschaft werden nun die Arbeiter auch ihren Anteil fordern müssen. Hand in Hand mit dieser Wirtschaftsbelebung wird auch die Angleichung der Löhne an die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse gehen müssen. Daß die Unternehmer aus eigener Initiative auf dem Gebiete der Löhne nichts unternehmen werden, weiß jeder Arbeiter und es wird Sache der Arbeiterschaft und unserer Organisationen sein, bessere Lohnverhältnisse zu schaffen. Es hängt von der Einsicht der Unternehmer ab, ob diese Kämpfe einen größeren oder geringeren Umfang annehmen werden und es hängt von der politischen Macht und der gewerkschaftlichen Kraft der Arbeiter ab, mit welchem Erfolg diese Kämpfe abschließen werden.

Währungsakkord und Internationale Lage

Eine der interessantesten Erscheinungen im Zusammenhang mit der Abwertung des französischen Franc ist ein gewisses Zusammengehen der drei großen Demokratien Frankreich, Vereinigte Staaten und England. England und die USA haben die französischen Maßnahmen freundschaftlich aufgenommen und die Folge davon ist, daß es zu keinem Debalierungswettbewerb kommen wird. Wäre das Einverständnis zwischen den drei großen Staaten nicht gewesen, hätte es geschehen können, daß England oder die USA gleichfalls abgewertet hätten, um den für ihre Waren gegenüber den französischen Erzeugnissen früher bestandenen Vorteil weiter für sich zu wahren. Die beiden Länder haben aber im Interesse einer neuen Stabilität der Währungen auf diesen Vorteil verzichtet in der richtigen Voraussetzung, daß eine künftige Währungsstabilität für alle drei Staaten Vorteile haben wird.

Diese Entwertung, die nacheinander die meisten Staaten vorgenommen haben, war eine Folge der schweren Wirtschaftskrise, von der die Welt seit 1929 betroffen ist, die auf ihrem Tiefpunkt 30 Millionen Menschen arbeits- und existenzlos gemacht und ihnen Elend und Verzweiflung gebracht hat. Diese aus dem Geseh der kapitalistischen Produktionsweise erwachsene Weltkrise wurde noch verschärft durch die Krise der Währungen. Wenn nun durch die französische, schweizerische und holländische Abwertung tatsächlich die Währungsfrage abgeschlossen ist, dann kann man die Hoffnung hegen, daß einige der schwersten Wunden, welche die Wirtschaftskrise der Welt und insbesondere dem Proletariat geschnitten hat, langsam wieder vernarben und zu heilen werden. So eröffnet sich ein Ausblick auf eine gewisse Besserung der Lage des Proletariats, die naturgemäß auch politische Folgen nach sich ziehen kann. Die Weltwirtschaftskrise war die tiefste Ursache großer politischer Umwälzungen in der Welt, einer furchtbaren Schwächung des Proletariats und des Sieges des Faschismus. Die Währungsstabilität gibt uns nun die Hoffnung auf eine gewisse Wiederherstellung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, dadurch auf eine Belebung der Weltwirtschaft und damit auch auf eine Überwindung der politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise, auf einen neuen Vornarrsch der Arbeiterklasse und eine Überwindung der faschistischen Barbarei.

Es ist aber auch möglich, daß die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen den drei großen Demokratien unmittelbar internationale politische Folgen nach sich ziehen werden. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten wird die politische Zusammenarbeit dieser Staaten stärken und bedeutet somit eine Festigung der Friedensfront. Bemerkenswert ist, daß in diese wirtschaftliche Kooperation Deutschland nicht einbezogen wurde. Während der Verhandlungen zwischen den drei demokratischen Staaten verbot sich Deutschland in die Vereinbarung einzuschalten, was der Zweck des Versuches Schachis in Paris war. Der deutsche Reichsbankdirektor war bereit mitzutun, falls ihm die drei übrigen Staaten eine Rohstoffanleihe gewähren. Dazu aber kam es nicht und so ist Schachis unverrichteter Dinge wieder weggefahren. Das kann für

Arbeitslosenziffer weiter gesunken

Niedrigster Stand seit August 1932

Die Zahl der nicht untergebrachten Stellenbewerber betrug nach den vorläufigen Mitteilungen der öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten Ende September d. J. 477.850 Ende August d. J. 483.502

so daß sich im Laufe des vergangenen Monats die Arbeitslosenziffer um 5652 oder 1.2 Prozent senkte. Dieser Rückgang im Monat September ist durchaus ungewöhnlich und war seit den Konjunkturzeiten 1928 und 1929 nur einmal, im Jahre 1933, zu verzeichnen. Mit der angegebenen Zahl wurde der niedrigste Stand erreicht, der seit August 1932 überhaupt ausgewiesen wurde.

Wenn man nur die Arbeitslosigkeit in den Septembermonaten vergleicht, muß man bis in das Jahr 1931 zurückgehen, in dem allerdings die Arbeitslosenziffer weit unter der heutigen Höhe lag. Vergleichsweise führen wir die Aufzählung über die Monate September seit 1931 an:

1931	228.857
1932	486.935
1933	622.561
1934	578.267
1935	578.862
1936	477.850

Im Staatsdurchschnitt genommen, ist also eine fühlbare Besserung seit dem Krisentief im 1933 festzustellen. Im heutigen Jahr ist die Arbeitslosenziffer seit ihrem Höchststand vor 860.000 Ende Februar um rund 380.000 gesunken. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern und zweifellos auch innerhalb der Länder in den

einzelnen Bezirken ist jedoch durchaus uneinheitlich. Der Rückgang im September betrug in Böhmen 1.9 Prozent, in Mähren-Schlesien 2.2 Prozent, in Karpatenland 38.8 Prozent. In der Slowakei ist ein Zuwachs um 10.9 Prozent eingetreten, vornehmlich infolge der Beendigung einiger Inbetriebsetzungen und durch eine Beschränkung der privaten Bauaktivität. Genauere detaillierte Meldungen über die Entwicklung in den einzelnen Bezirken liegen noch nicht vor. Es kann, nach den schon im August gemachten Beobachtungen, nur angenommen werden, daß in den Industriegebieten die Zahl der Bezirke gestiegen ist, in welchen der unvermeidliche Saisonumschwung zur höheren Arbeitslosenziffer, der im Staatsausmaß neuer viel später kommt, schon eingetreten ist. Aus diesen Einzelberichten werden die beruflichen Stellen die praktischen Schlüsse zu ziehen haben.

341.410 Pensionsversicherte

In der letzten Sitzung der Verwaltungskommission der Allgemeinen Pensionsanstalt wurde konstatiert, daß die Anzahl zum 1. September 1938 341.418 Pflichtversicherte hatte gegenüber einem Stand von 310.064 Versicherten vor einem Jahr. Die aufsteigende Tendenz der Versichertenzahl ist einerseits der Besserung der wirtschaftlichen Situation, andererseits zum Teil auch dem Nachrüden der starken Nachkriegsjahrgänge in das Wirtschaftsleben zuzuschreiben. Die Zahl der Arbeitgeber, die Mitglieder des Institutes sind, betrug 72.338.

Tommy Barbox macht Revolution

Roman von Fritz Bondy

Und Tommy Barbox hatte diesmal, jenseits alles beruflichen Sorgen, doch keine... eine noch so entfernte Verantwortung für die Zeiten seines Präsidenten zu tragen.

XXVI.

„Kannst du ihn nicht einmal ausforschen“, fragte Bonamaria Pablo, der ungeduldig Zigaretten rauchte und von Zeit zu Zeit auf die Uhr sah. Eine seiner beiden Maschinenstickerinnen erwartete ihn seit einer halben Stunde, und Bonamaria wollte nicht aufhören, zu sprechen.

„Wen soll ich ausforschen? Rodriguez?“

„Ja, selbstverständlich. Er weiß, wo sie ist. Sie war doch die Nacht vorher bei ihm.“ Bonamaria strich sich mit der Hand über die Stirn, das war ihm eine äußerst peinliche Vorstellung. „Er wird mir nichts sagen.“ Pablo schüttelte den Kopf, ihm paßte es nicht, zu Rodriguez zu gehen. Noch nicht.

Bonamaria sprang auf. Er redete sich immer mehr in Wut.

„Ich lasse ihn erschlecken, diesen Rodriguez! Immer steht er mir im Weg. Aber das ist vorbei. Noch heute rufe ich ein Kriegsgericht zusammen. Martinez und Du sind Zeugen. Und wir verurteilen ihn zum Tode. Martinez kann das nur willkommen sein. Den würde ich am liebsten gleich daneben an die Mauer stellen. Vielleicht findet sich einmal die Gelegenheit... aber erst Rodriguez! Er muß fort... er muß fort... er ist eine Gefahr für das Land... glaubst Du nicht, Pablo, daß Rodriguez eine Gefahr für das Land ist?“

Er war vor Pablo stehen geblieben und wollte eine Bestätigung.

Der hob nur die Schultern. Im stillen überlegte er schnell. Bonamaria hatte schon mehrmals davon gesprochen, Rodriguez erschließen zu lassen. Aber noch nie in so bestimmter Form. Es hatte jedenfalls keinen Sinn. Bonamaria jetzt durch Widerspruch zu reizen; Revolutionstage vergehen nicht so schnell, alles konnte sich ändern.

„Wenn Sie glauben...“ sagte er gelassen.

Das nahm Bonamaria für begeisterte Zustimmung und war ganz glücklich.

„Haß... natürlich glaube ich es... ich weiß es... das Land wird nicht zur Ruhe kommen, solange Rodriguez lebt... ich tu es nicht gern... Du wirst mir bezeugen, daß ich mir den Entschluß mühsam abgerungen habe... aber es muß sein... es ist die Grundbedingung für den Frieden unserer Heimat... ja... noch heute nachts soll man ihn erschließen... um ein Uhr... nur kein Aufsehen...“

Pablo erschrak; das ging doch schneller, als es ihm lieb war.

„Es ist dunkel... die Soldaten werden nicht sehen.“

Aber Bonamaria gab nicht nach.

„Man soll eine Laterne an seine Brust binden... das hat man schon oft in solchen Fällen gemacht... aber er muß fort... das ist die einzige Möglichkeit, den Frieden zu retten...“

Er stand hinter dem Schreibtisch des Rodriguez, die Hände aufgestützt und war auch jetzt bereit daran zu glauben, daß er nur seinem Patriotismus dieses Opfer schulde. Dann kam er wieder auf Pablo zu.

„Aber weißt Du... geh noch abends zu ihm... sag ihm, was ich erwarte... sag ihm, ich wäre vielleicht bereit, ihn zu retten... aber er müßte endlich diesen verfluchten Trost aufgeben... wenn er Dir verrät, wo sich Frau Casdelari versteckt hält, will ich versuchen, ihn entwisphen zu lassen.“

„Ich will einmal sehen, was ich tun kann...“ Pablo war zu dem Entschluß gekommen, daß es jetzt doch vielleicht höchste Zeit war, ein Wort mit Rodriguez zu sprechen.

„Du das nur“, der Advokat klopfte Pablo glücklich auf die Schulter, als würde Fulvia ihn bereits erwarten. „Und bring mir die Antwort... warte einmal...“ er war leutselig gestimmt. „Bring mir die Antwort in Cure Villa, ich werde heute abends hinkommen.“

Pablo wurde unruhig.

„Sie kommen heute abends zu uns.“

„Ja, gewiß... ich will doch zeigen, daß man seine alten Freunde nicht so rasch vergißt, weil man ein wenig Erfolg gehabt hat... mir liegt natürlich nichts daran, daß Fremde mich sehen...“

Das gefiel Pablo ganz und gar nicht. Aber es war schwer, Bonamaria von einem Vorhaben abzubringen; er war derart mitranchig geworden, daß er irgend etwas gewittert hätte und doch gekommen wäre. Ihm war auch zuzutrauen, daß er eine Hausdurchsuchung veranstaltet; in einigen Häusern hatte er das bereits getan. Und gerade das mußte vermieden werden.

„Schön... wir werden die Hintertür offen halten... es kommen zwar jeden Abend die Offiziere...“

„Du wirst dafür sorgen, daß die Treppe frei ist, wenn ich komme... und der gelbe Salon soll reserviert werden... ich spüre, daß heute ein großer Tag ist, mein guter Pablo... wenn erst einmal dieser Rodriguez... ja... das ist leider nicht zu umgehen... das siehst Du doch ein... aber dann werden wir dieses Land hoch bringen... die Amerikaner sind mit uns... den möchte ich sehen, der uns noch Widerstand leisten sollte.“

XXVII.

Frau Ribadeneira stieg, so schnell sie konnte, in den zweiten Stock hinauf. Sie war

in dieser Woche mindestens um zwanzig Pfund abgemagert, so oft machte sie den beschwerlichen Weg. Ihr Haus war so unruhig, daß es ihr selbst unheimlich wurde. Die vielen Offiziere, die jeden Abend kamen, das gab das für einen Trubel! Es wurde getrunken, gespielt, getanzt. Der brave Postbeamte kam mit dem Glaserwaschen laum nach; neuerdings fiel auch das Aufziehen des Gramophons in sein Ressort. Und auch die beiden Lächler reichten nicht mehr für diesen gesteigerten Betrieb; man hatte noch zwei junge Indianerinnen kommen lassen müssen, so gut ging das Geschäft. Auch Geld kam dadurch ins Haus, oh ja, eine Menge guter Dollars; aber trotzdem war Frau Ribadeneira nicht zufrieden. Sie hatte das Gefühl, daß sie einen Schatz bewahrte. Die Freundin des Rodriguez! Ach, die schöne, liebe Frau! Und wie traurig sie war; gar nicht zu erkennen! Sie sprach kaum ein Wort und wollte nicht einmal abends aus dem Haus. Was würde die jetzt erst sagen!

Frau Ribadeneira klopfte leise. Ihr Schilbling antwortete nicht, und so drückte Frau Ribadeneira die Stirn nieder. Sie schlief, das liebe Kind! Die schwarzen Loden breiteten sich über das weiße Kissen. Wie ein Engel! Frau Ribadeneira war stolz auf Rodriguez. Immer wieder, wenn sie heraufkam und mit Fulvia sprach, war sie stolz auf ihn. Das war ein Mann! Ihre Vergangenheit verschmolz mit Fulvias Gegenwart, und es war ihr beinahe, als erlebte sie ihre große Zeit einmal.

Aber jetzt war kein Augenblick zu verlieren. Ach, die Arme, es müßte nichts, man müßte sie töden.

„Wachen Sie auf! Ach, das süße Gesichtchen, wie fest es schläft... so... endlich...“

Raum hatte Fulvia die Augen aufgeschlagen, konnte Frau Ribadeneira ihre Tränen nicht mehr zurückhalten. Fulvia begriff sofort, daß etwas Schlimmes geschehen sein mußte.

(Fortsetzung folgt)

Deutschland von schwerem Schaden sein, denn es ist die Frage, wie lange die übrigen Staaten Deutschland noch bergen und es sich gefallen lassen werden, daß Deutschland die bezogenen Rohstoffe nicht bezahlt. Diese für Deutschland verschlechterte wirtschaftliche Lage kann in der Hand der drei großen Demokratien eine Waffe werden, um Deutschland in bezug auf kommende Verhandlungen über ein neues Locarno gefügig zu machen. Man sieht also, daß die entschlossene Tat der Regierung Blum nicht nur günstige Folgen für die Weltwirtschaft, sondern auch für den Frieden Europas nach sich ziehen kann.

Gewiß dürfen augenblickliche internationale Konstellationen nicht übertrieben werden, das Bild der Lage ändert sich heute sehr rasch. Dennoch können wir mit der Möglichkeit rechnen, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der drei großen Demokratien wohlwollende Folgen für die internationale Situation haben kann und daß dies die Stärkung aller jener bedeutet, die die Welt vor dem Grauen eines neuen Weltkrieges bewahren wollen.

Hermann Wendel

Wenn es nicht mit den seelischen und geistigen Leiden des Emigrantendaseins unerschütterlich zusammenhängt, so ist es ein mindestens tragischer Zufall, daß der Tod gerade unter den bedeutendsten Köpfen der emigrierten deutschen Geisteswelt seit Jahren eine reiche Ernte hält. Eben erreicht uns die Nachricht, daß Genosse Hermann Wendel, der seit Monaten an einem schweren Leiden laborierte, in dem kleinen Pariser Vorort, wo er sich nach dem Verlassen Deutschlands aufgeschlagen hat, im Alter von 52 Jahren am 2. Oktober gestorben ist.

Mit Hermann Wendel verliert das deutsche Schrifttum einen seiner besten Männer, einen Wissenschaftler, der einen glänzenden Stil schrieb, einen Schriftsteller, dessen Bildung, wissenschaftliche Verlässlichkeit und Urteilskraft seinesgleichen suchten. Hermann Wendel hätte jeder deutschen Hochschule zur Zierde gereicht; daß er freier Schriftsteller blieb, keine akademische Stellung bekleidete, lag nicht nur an seiner immer einbetonten demokratischen und sozialistischen Gesinnung, sondern wohl auch an dem seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in der wissenschaftlichen Welt Deutschlands schwindenden Verständnis für eine in weitere Kreise dringende, auf das nationale Leben unmittelbar wirkende Wissenschaft. Jenes Verständnis, das Männern wie Burckhardt, Niebuhr, auch Haacke, Treitschke, Engel, Augier und manchem anderen den Weg zur Universtität erschlossen hat, war in Deutschland verloren gegangen und Männer von der Bedeutung Hermann Wendels konnten wohl durch die Presse und durch ihre Bücher wirken, entsprechende wissenschaftliche Anerkennung wurde ihnen aber nur durch das Ausland zuteil.

Hermann Wendel stammte aus Lothringen, wo ja die Wendel alle daheim sind. Aufgewachsen an der Grenze deutschen und französischen Wesens, in der Luft des freieren Westens, in beiden Sprachen daheim, wenn auch der deutschen stärker verbunden, hat sein Grenzlanddeutschtum Wendel nicht zum Nationalisten, sondern zum Europäer gemacht. Im Westen lebte er auch am liebsten und am längsten. Frankfurt, Straßburg, Metz und zwischendurch immer wieder Paris waren seine bevorzugten Arbeitsstätten. Aus der französischen Kultur, Geistes- und politischen Geschichte schöpft er einen Anteil seiner Themen („Danton“, „Französische Menschen“), Deutsche, die wie er halbe Franzosen wurden, seine etwa, sind die Geistesverwandten, denen sich Wendel als Autor zuwendet.

Seine große Liebe aber schenkte Wendel den Südslawen. Er ist der deutsche Historiker der Südslawen geworden. Volk und Land, Geschichte und Literatur der Jugoslawen, des serbischen Zweiges vor allem, aber auch der Kroaten und Slowenen, hat er mit nie ermüdendem Eifer studiert, erforscht und geschildert. Große Reisen „Kreuz und quer durch den slavischen Süden“ — wie eines seiner hübschesten leichteren Bücher heißt — haben ihm zu einem seltener südslawischen Wesens gemacht, wie das deutsche Volk kaum einen zweiten hatte. Vor dem Krieg schon war er um Verständnis für die Südslawen, für die Serben im besonderen, nach dem Kriege hat er viel dazu beigetragen, zwischen Serben und Deutschen geistige Brücken zu schlagen. In seinen „Südslawischen Silhouetten“, in seiner großen Geschichte des „Kampfes der Südslawen um Einheit und Freiheit“, in zahlreichen kleineren Schriften und Vortragsabhandlungen ist sein tiefes Erleben des jugoslawischen Volkstums niedergelegt.

Der Umsturz von 1933 zwang Wendel, obwohl er weder Jude noch ein aktiver marxistischer Politiker gewesen war, selbstverständlich zur Emigration aus einem Lande, in dem für einen wirklichen Emigranten und gerade, freilebenden Menschen kein Platz ist. Seither lebte Wendel bei Paris und seine Arbeiten galten, freilich gehemmt durch schwere Sorgen ums tägliche Brot, wieder vorzüglich französischen Themen. In einem Alter, das noch lange seinen natürlichen Abschluß bedeuten sollte, hat ihn nun der Tod ereilt, der auch der sozialistischen Literatur eine ihrer schönsten Blüten raubt. Hermann Wendel war, was hier noch bemerkt sei, seit Jahren auch ein von uns stets hochgeschätzter Mitarbeiter unseres Blattes.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Schlagendes Dokument gegen Konrad Henlein

Brief Sasums über die erbärmliche Rolle Henleins in der Ehrengerichtssache Brand

„Das übliche Spiel“ — Versuche, eine Wiederaufnahme zu „erzwingen“ — Man muß „diese Hauptleitung mit Brand und K. H. alleine lassen“ — „K. H. ist Puppe in den Händen dieser Verbrecherbande“

Unter den vielen Dokumenten, die uns der Volkswind gegen die SdP in die Hände spielt, befindet sich eines, das zwar nicht von heute ist, aber dauernden Wert und niederschwermeternde Wirkung besitzt. Es ist ein Brief, den der Vorsitzende des Ehrengerichtes gegen Walter Brand, Herr Sasum, unmittelbar nach dem Ehrengerichtsstand am Brand, am 14. Juli 1936, an einen SdP-Funktionär richtete (der uns dem Namen nach wohlbekannt ist). Wenn es noch nötig wäre, nachzuweisen, wie unbeschreiblich lächerlich Konrad Henlein in dieser Angelegenheit benahm, wie sehr ihm wahrhaftig jede Bescheidenheit überherqualifizierte Mangel und wie diejenigen, die mit ihm zu tun haben, über ihn zu denken lernen — wenn solcher Nachweis noch nötig wäre, so könnte

er nicht schlagender erbracht werden als durch diesen Brief Sasums.

Um unseren Lesern die Lesart dieses Briefes, den wir im Nachfolgenden wiedergeben, zu erleichtern, erläutern wir einige darin vorkommende Abkürzungen: K. H. ist selbstverständlich Konrad Henlein, E. G. ist das Ehrengericht, die E. Richter sind die Ehrengerichter, D. H. ist das Deutsche Haus in Prag (in dem damals Henlein die Ehrengerichter luden ließ, bis sie entgegen der Abrede erfuhren, der „Führer“ sei ohne weitere Verständigung abgefahren).

Und nun also betörfenlichen wir, nur unter Weglassung weniger einleitender und abschließender Zeilen privaten Charakters, im Wortlaut den Brief Sasums an seinen Freund. (Die gesperrt gedruckten Stellen entsprechen den Unterstreichungen im Original, die Hervorhebungen durch Unterstreichungen stammen von uns):

Wir hatten uns K. H. nach Prag erbeten und traten um 5 Uhr nachm. als versammeltes E. G. an. K. H. war recht konsterniert, las aufmerksam unsere Entscheidung, dann etwa 10 Minuten tiefstes Schweigen. Schließlich ein lautes „Ja“. Er stand auf, dankte uns E. Richtern durch Händedruck und wir gingen. Alle hatten wir das Furchtbare dieser Minuten für K. H. mitgeföhlt und alle waren wir der Meinung, nun hat er sich entschieden! Und dann das übliche Spiel! Nach einer halben Stunde wurde Greger und ich zu ihm berufen. Ich sah im Zimmer Brand. Dann wurden mir in ein anderes Zimmer gebeten und dort wollte K. H., Frank, Künzl und Dr. Köllner mit uns handeln. Schließlich nach ¼stündiger Unterredung meinte K. H., er werde sich noch entscheiden, ob er unsere kurze oder die ihm gegebene lange Entscheidung veröffentlicht werden möge im D. H. warten. So blieben wir sitzen, Wehrenfennig, Greger, Bernhard, also Persönlichkeiten, um 9 Uhr abends rief ich an und hörte, K. H. ist schon lange mit dem Auto weggefahren und sonst ist niemand im Hause. An uns keine Nachricht! Erst durch die Zeitung! Wir warteten noch bis zum Erscheinen der Zeit. Dann gaben wir unsere Presseerklärung. In der Zwischenzeit versuchten alle möglichen Leute, eine Wiederaufnahme zu erzwingen. Wenzel, Hönig, Hermann, Kundt, Neuwirth. Es wird an uns Kritik geübt in öffentlicher Versammlung! In geheimer erzählt man, wir hätten Wehrenfennig und Bernhard überstimmt! Dabei hatte ich als Vorsitzender gar nicht mitgestimmt, da die Beschlüsse von den Beisitzern einstimmig waren. Greger hat niedergelegt, Aller und ich werden heute aus der Partei austreten, denn es ist wichtiger, für die Einigkeit und Reinheit der Volkabewegung, diese Hauptleitung mit Brand und K. H. alleine zu lassen.

Nie hätte ich geglaubt, daß das alles möglich sei. Nun bin ich geheilt.

K. H. ist Puppe in den Händen dieser Verbrecherbande.

Schwarz auf weiß steht es da, aus der Feder jenes Mannes, den Henlein persönlich zum Vorsitzenden des Ehrengerichtes machte: Herr Henlein ist nichts weniger als ein Führer, sondern eine Puppe in den Händen seiner Umgebung! Und diese Umgebung wiederum bezeichnete eben dieser Herr Sasum auf Grund intimer Erfahrungen als Verbrecherbande. Daß Sasum inzwischen mit der „Puppe“ wieder einmal zusammengelassen ist, ändert an den Tatsachen nichts. Höchstens das eine, daß er sich zu Unrecht schon für völlig „geheilt“ gehalten hat.

Kann man einen politischen Führer treffen und wirksamer mit Recht unmöglich machen, als es Sasum durch die Schilderung der Haltung des „Führers“ in der Sitzung mit den Ehrengerichtern tat? Der konsternierte Henlein, der zehn Minuten schweigt, aufsteht, dankt, die anderen in der Ueberzeugung läßt, er habe sich endlich dem Selbstverständlichen gefügt und dann unter Sarkasmus eiliger „Kameraden“ mit den Ehrengerichtern zu „handeln“ beginnt, dann die Ehrengerichter auf die Entscheidung warten läßt und schließlich auf und davon fährt ohne auch nur ein Zeichen zu geben! Und dann schließlich noch die anderen losläßt, um die Ehrengerichter zu einer Wiederaufnahme zu zwingen, an ihnen öffentlich Kritik üben läßt, sie geheim diskretieren läßt! Das alles ist ohne Beispiel in der politischen Geschichte der Sudetendeutschen. Man hat diesen Fall schon gefannt, in seiner Gesamtheit und sogar auch schon in den meisten Einzelheiten. Aber hier hat ihn die Öffentlichkeit nun dokumentarisch niedergelegt, bestritten und signiert von dem Manne, der von Henlein selber mit der größten Verantwortlichkeit ausgestattet war. Kein Zweifel, daß nicht an einem Wörtchen dieses Berichtes gezweifelt werden kann.

Und dieses Dokument gewinnt um so mehr Wert, ja hat doch auch seine Aktualität angesichts der kürzlich von uns gemeldeten Tatsache, daß Herr Brand schon wieder in Prag ist und mit allem Nachdruck die Wiederaufnahme des Ehrengerichtesverfahrens in seiner Sache betreibt!

Der Peterswalder Menschenraubversuch vor dem Prager Schwurgericht

Zweitägiger Prozeß gegen Ewald Herbert Willkomm

Prag. (rb.) Der zweitägige Prozeß, der am Samstag vor dem Prager Schwurgericht eröffnet wurde, ist aus Leitmeritz nach Prag delegiert worden. Angeklagt ist der frühere SA-Mann und nachmalige Amtsinhaber der Dresdener Ortsgruppe der NSDAP, der 24jährige beschäftigungslose Arbeiter Ewald Herbert Willkomm des Verbrechens nach § 90 StG und die Anklage legt ihm zur Last, er habe versucht, seinen früheren Kameraden Richard Anders, der sich gegenwärtig ständig auf dem Gebiet der Tschechoslowakei aufhält, „gegen dessen Willen einer ausländischen Macht auszuliefern“. Den Vorbeh der Verhandlung, die sich größtenteils in deutscher Sprache abwickelt, führt OGH Dr. Pazderys, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Trjick, in die Verteidigung teilen sich der Leitmeritzer Anwalt Dr. David und sein Prager Kollege Dr. Proschke.

Der Tatbestand

Willkomm und Anders waren feiergeit Schulkameraden und wohnten dann in Dresden im gleichen Haus. Als Arbeitslose waren sie zusammen im „Arbeitsdienst“. Willkomm ging, als er 1931 arbeitslos wurde, zur SA und betätigte sich später in der politischen Organisation der NSDAP, wurde Amtsinhaber und Inhaber des „Hohelohabergwerks“. Zwischen ihm und Anders bestand eine tiefe oberflächliche Bekanntschaft. Später trennten sich ihre Wege. Richard Anders, der von Kindheit auf Freunde und Bekannte im nordböhmischen Grenzgebiet hatte, kam später als Mitglied eines Dresdener Fußballvereins mehrfach mit seiner Fußballmannschaft über die Grenze. Er fand schließlich im Grenzort Peterswald eine Frau und ließ sich im Sommer 1935 dauernd dort nieder. In Deutschland hatte ihm in der letzten Zeit die politische Polizei eine höchst unangenehme Aufmerksamkeit geschenkt und er war mehrfach wegen antisozialistischer Gesinnung denunziert worden. Er zog schließlich vor, nicht mehr nach Sachsen zurückzukehren.

Am 2. Jänner 1936 erschien nun der Angeklagte unermutet bei Anders und forderte ihn auf, in das Gasthaus „Zur Fichte“ zu kommen, wo ihn

sein bester Freund Lenig aus Dresden erwartete. Anders machte sich auf den Weg, machte aber unterwegs im Vorübergehen einen Besuch bei seiner Braut. Erst bei dieser Gelegenheit erfuhr er, daß das Gasthaus „Zur Fichte“ bereits auf reichsdeutschem Gebiet liege und wurde mißtrauisch, zumal er Willkomm aus verschiedenen Gründen schon früher bezugswöhnte, daß dieser ihn im Auftrag der politischen Polizei bespitzle und anschwärze. Er weigerte sich also, dem Willkomm zu folgen, worauf ihn dieser in ein anderes Gasthaus lud und Bier vorsetzte, unter fortwährenden Zureden, doch mit ins Gasthaus „Zur Fichte“ zu kommen. Inzwischen hatten Kameraden des Anders von der Sache erfahren und beschlossen, sich ins Mittel zu legen. Willkomm merkte, daß die Sache brenzlich wurde und versuchte sich über die Grenze in Sicherheit zu bringen. Er wurde aber von der inzwischen alarmierten Grenzmarie noch rechtzeitig betreten und festgenommen.

Menschenraub im Auftrage der Dresdener Kriminalpolizei?

Ewald Herbert Willkomm ist geständig, er habe unter falschen Vorpiegelungen den Richard Anders über die Grenze und in die Hände der reichsdeutschen Polizei locken wollen. Gleichwohl bemerkte er zu Beginn seiner Vernehmung, er fühle sich nicht schuldig, da er sich der Strafbarkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen sei. Er gab von dem Hergang der Sache eine Schilderung, die ein einzigartiges Kuriosum darstellt. Willkomm, der im späteren Verlauf seiner Einvernahme jede Verbindung zu der Polizei Leugnete, behauptet, er habe am frühen Morgen des 2. Janners den Besuch eines unbekannteren Polizeibeamten erhalten, der ihn für 8 Uhr auf die Dresdener Polizeidirektion, Zimmer Nr. 5, vorlud. Der Legitimierung dieses Beamten habe er entnommen, daß der unbekanntere Herr der Kriminalkommissar Preusker gewesen sei. Auf der Polizeidirektion habe man ihm kurz mitgeteilt, „das Auto stehe bereit“ und er solle sich reisefertig machen. In Begleitung des Kommissars Preusker und eines weiteren unbekannteren Beamten fuhr er über Birna

gegen die böhmische Grenze. Erst unterwegs sei ihm mitgeteilt worden,

„er habe die Aufgabe, den Richard Anders über die Grenze zu locken.“

Vors.: „Sie sagen, daß Sie mit der Polizei nichts zu tun hatten. Wie kam die Dresdener Polizei dazu, sich Ihrer zu bedienen?“ — Ang.: „Vielleicht darum, weil ich mit Anders in einem Haus wohnte (!).“ — Vors.: „Haben Sie sich denn keine Gedanken darüber gemacht, daß dieses Vorgehen sehr sonderbar ist?“ — Ang.: „Mir wurde gesagt, daß gegen Anders eine Strafanzeige wegen Veruntreuung eingebracht wurde und daß er daher verhaftet werden soll.“ — Der Vorsitzende gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß in einem solchen Fall die Dresdener Polizei nicht das normale Auslieferungsgeschehen an die tschechoslowakischen Behörden gestellt haben sollte. Um diesen Punkt entspinnt sich ein Kreuzhör, doch bleibt der Angeklagte bei seiner Darstellung. Er bemerkt noch, daß der Kommissar Preusker nach Erteilung eingehender Informationen ihm selbst im Pollant den Grenzübertrittschein besorgte, ihm noch zwei Mark für eventuelle Auslagen in die Hand drückte und ihn mit dem Auftrag entließ, Richard Anders in die „Fichte“ abzuliefern. Wie dieses Unternehmen mißglückte, ist bereits kurz angedeutet worden.

Wenn diese Darstellung des Angeklagten richtig ist, so würde das bedeuten, daß die Dresdener Sicherheitsbehörde sich nicht vor Methoden schent, die die Strafgesetze aller zivilisierten Staaten als schweres Delikt qualifizieren. Wenn aber der Angeklagte (der übrigens in der Untersuchungshaft dreizehn Selbstversuche beging) von seinem Recht, zu leugnen, Gebrauch macht, so erhebt sich die andere Frage, welche anonymen Auftraggeber er zu deduzieren sucht. Ob so oder so — dieser Fall ist ein weiterer Beitrag über die Rechtschaffenheit im Dritten Reich.

Zum Schluß seiner Einvernahme veruchte Willkomm glaubhaft zu machen, er sei angesichts des Widerstrebens des Anders freiwillig von seiner sträflichen Absicht zurückgetreten, wogegen sich die Anklage energisch verwehrte, mit dem Hinweis darauf, daß es sich um nichts weiter handle, als um die höchst unfreiwillige Beteiligung einer verbrecherischen Handlung, zu deren Vornahme der Angeklagte sein möglichstes getan habe.

Das Beweisverfahren füllte den ganzen Nachmittag aus. Da die Tat selbst durch das

Auch in Ihrem Bekanntenkreise würden die Lose der Arbeiterfürsorge

gern gekauft werden

wenn Sie die Freundlichkeit hätten, diese anzubieten! Es ist ein gutes Werk, das unterstützt wird! Außerdem gibt es ja auch Gewinnchancen!

Gefährnis des Angeklagten außer Zweifel steht, diente das langwierige, noch durch die Ueberzeugungen der durchwegs deutschen Zeugnisaussagen verzögerte Verfahren im wesentlichen der Aufhellung der näheren Tatumsstände, bezw. Hintergründe dieses Falles. Der Hauptzeuge Richard A n d e r s bemerkte, er sei der Meinung, daß der Angeklagte ihn seit langer Zeit (offenbar im Auftrag irgendeiner unbekannter Stelle) bespioniert und demunziert habe, in welchem Punkte er sich auf die Zeugin Anna W o l f berufen konnte, der gegenüber sich Willkomm seinerzeit ganz offen geäußert haben soll,

er habe den Auftrag, Anders zu überwachen. Daß eine solche Ueberwachung bestand, ist kaum zu bezweifeln. Auf die teilweise sehr interessanten Einzelheiten des Beweisverfahrens, das erst in den späten Nachmittagsstunden abgeschlossen wurde, kommen wir in unserem Abschlußbericht zurück.

Graslitzer Kinder in reichsdeutschen Naziheimen

Etwa 40 K i n d e r aus dem Bezirke Graslitz waren während der Ferien in nationalsozialistischen Heimen in Deutschland untergebracht, wo sie nach Nazi-Manier „erzogen“ wurden. Sie sollen in die Uniform der Hitlerjugend gesteckt und verhalten worden sein, die Hakenkreuzfahne zu grüßen, Nazilieder zu singen und Nazibücher zu lesen. In dieser Angelegenheit soll nun auch an die Schulleitungen ein Erlaß ergangen sein. Der Hauptagent Franz S a l z m a n n ist von tschechoslowakischen Gerichten zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe wegen einer Entführung politischen Charakters verurteilt und dann gegen einen Tschechoslowaken, dem draußen in die Hände der Gestapo gefallen war, ausgetauscht worden. Dieser sympathische Zeitgenosse hat hier Unterläufer herumsuchen, welche die Verbindung zu den Eltern der Kinder hergestellt hätten, die dann im Dritten Reich in braunen Heimen, resp. bei Privaten untergebracht wurden.

Die Prager deutsche Arbeitersendung bringt in dieser Woche:

- S o n n t a g, 4. Oktober 14.30 bis 14.45: Vorbilder im Befreiungskampf der Menschheit (Dr. Gerhard D e i s b e r g).
- M i t t w o c h, 7. Oktober: 18.20 bis 18.40: Die neue Wirtschaftsentwicklung und die Subtenten (Abg. Wenzel J a l s k y).
- F r e i t a g, 9. Oktober 18.35 bis 18.45: Aktuelle zehn Minuten.
- S o n n t a g, 11. Oktober 14.30 bis 14.45: Frauenhilfsrat 1936 (Iffe L a n g).

Eine Spanien - Nummer des „Volkswille“. Unser Karlsbader „Volkswille“ hat gestern Samstag eine Sondernummer herausgegeben, die dem Heldenkampf des spanischen Proletariats gewidmet ist. Eine ganze Reihe ausgezeichnete Aufsätze befaßen sich politisch, kulturpolitisch, soziologisch und militärisch mit Spanien und dem historischen Kampfe, der dort jetzt zwischen links und rechts ausgefochten wird. Sowohl die literarische als auch die drucktechnische Ausstattung dieser Nummer sind als vortrefflich zu bezeichnen und bedeuten, zusammen mit dem reichen, interessanten und künstlerisch wertvollen Bilderapparat, eine proletarisch-journalistische Leistung außerordentlichen Niveaus. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der „Volkswille“ mit dieser seiner Spanien-Nummer dem brennenden Interesse Jehntausender Leser in seinem Verbreitungsgebiet trefflich entgegengekommen ist. Vor allem aber ist diese Sondernummer unseres Karlsbader Bruderblattes ein Beweis des tiefen solidarischen Empfindens der subidentischen Arbeiterschaft mit der Volkregierung und den sozialistischen Volksmassen Spaniens, an dessen Sieg als demokratischer Republik wir mit allen Bajonetten unseres Herzens glauben.

Wüst im Unglück. Donnerstag, den 1. Oktober, fuhr in Saag das Lastauto der Firma Kröhl, mit 45 Säcken Mehl beladen, von der Mühle in Saag den Mühlgraben entlang zum Schloßhans. Unterhalb der Saager Brauerei kam dem Auto ein Führer entgegen und beim Ausweichen fuhr das schwer beladene Auto zu nahe an den Rand, der dort ungefähr acht Meter hohen Böschung. Durch die schwere Last wurde das Gerüst weggedrückt und das Auto stürzte in die Tiefe, wobei es sich erstmalig seitwärts überschlug und in den Mühlgraben fiel. Glücklicherweise kam das Auto dort in dem fast zwei Meter tiefem Wasser auf die Räder zu stehen, so daß sich die beiden Fahrer Karl Wühl und Ferdinand Bartl in Sicherheit bringen konnten. Wie durch ein Wunder kamen sie ohne körperliche Schäden davon und auch das Auto hat die Höllenfahrt verhältnismäßig gut überstanden.

Der Kampf um die Demokratie

Für die körperliche Ertüchtigung des Volkes Eine Rede des Ministers Dr. Czech

Auf einer ganzstaatlichen Vertreterkonferenz der D N J, die Samstag im großen Saale des D N J - Heimes in Prag eröffnet wurde, hielt Herr Dr. Czech eine Rede, in der er sich sowohl mit politischen Problemen als auch mit den Aufgaben seines Ressorts, des Gesundheitsministeriums, befaßte. Der Minister führte u. a. aus: Wir leben in einer ernsten Stunde. Es gibt hier überall niemanden unter uns, in dem nicht die Sorge um die weitere Entwicklung der internationalen Situation nachzittern würde. Denn das tragische Klingen um die Demokratie hat in diesem Augenblick einen Höhepunkt erreicht. Wäken wir uns um: Spanien, Deutschland, Italien, Polen, Ungarn und Oesterreich.

Ganz Europa im schwersten Ringen um Frieden und Freiheit! Nach dem Weltkrieg in seinen größten Teilen demokratisch regiert, befindet sich Europa heute in großen Sektoren in der Gewalt des Faschismus, welcher nicht nur seine eigenen Staatsbürger — ausschließlich wegen ihrer freiheitlichen Gesinnung — niederdrückt, martiert, vergast, sondern auch den Frieden Europas, die Zusammenarbeit seiner Völker bedroht.

Aber noch einer wichtigen Tatsache müssen wir uns bewusst werden, daß der Kampf um die Demokratie auch innerhalb jener Staaten, die, wie der unsrige, auf fester demokratischer Grundlage ruhen, noch lange nicht abgeschlossen ist und daß auch hier die vollste Bereitschaft aller demokratischen Kräfte notwendig

erscheint. Sicherlich entgehen Ihnen die Vorgänge auch in unserem bürgerlichen Lager, im tschechischen wie im deutschen, in keinem Augenblick. Im deutschen Lager hat sich der faschistische Feind direkt im Lande eingenistet. Sie wissen, wie unsere Partei unter Aufgebot aller Kräfte ihm an den Fersen ist, wie sie ihn in keinem Augenblick zu Atem kommen läßt und daß es unserer bisherigen Zusammenarbeit gelungen ist, ihn trotz seiner heuchlerischen Wohlwiltätsphrasen in die Enge zu treiben, wozu die sich zuschließenden inneren Massen-Bewegungen innerhalb dieser faschistischen Bewegung auch das Ährige beigetragen haben. Die Logik der gesellschaftlichen Entwicklung hat eben auch vor Herrn Konrad Henlein nicht Halt gemacht und wird auch ihm zwangsläufig zum Verderben. Nicht mit solcher Drahtigkeit, aber doch nicht weniger klar sehen wir ein schweres Ringen mit den reaktionären Kräften im tschechischen Lager vor uns.

Auf Sie, meine Freunde, kommt es an, denn die Kräfte, die wir zur Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Sozialismus und Faschismus benötigen, müssen wir aus uns selbst herausholen und wir sind glücklich, sie zu besitzen.

Darum können Sie mit Fug und Recht verlangen, daß der Staat Ihre Arbeit im weitestgehendem Maße fördert. Nach dieser Richtung kann ich Ihnen sagen, daß

das Gesundheitsministerium das vollste Verständnis für Ihre Arbeit

besitzt, die wir als ein Stück der eigenen betrachten. Leider korrespondiert aber die Hilfsbereitschaft des Gesundheitsministeriums nicht immer mit seinen finanziellen Möglichkeiten. Denn gerade in der Zeit der höchsten Not der öffentlichen Gesundheitspflege, der wachsenden Bedürfnisse der Körperkultur haben die schwersten restriktiven budgetären Maßnahmen eingeleitet, die eine Anspannung der Leistungen des Gesundheitsressorts an die Bedürfnisse

und Notwendigkeiten, die durch seine Aufgabe diktiert sind, unmöglich machen.

Es genügt hier, darauf zu verweisen, daß die Budgetpost für Körpererziehung, die im Zeitpunkt des Antrittes der jetzigen Regierungsmehrheit, also im Jahre 1929, noch 2.490.268 Kč ausmachte, bis zum Jahre, in dem ich das Gesundheitsressort übernahm, auf 200.054 Kč, also auf etwa acht Prozent des ursprünglichen Betrages, gesunken war. Wohl ist es gelungen, diese Post für das Jahr 1936 auf 400.000 Kč zu verdoppeln und — ich kann es heute schon sagen — für das Jahr 1937 auf 550.000 Kč, also auf nahezu das Dreifache, emporzubringen. Aber alle diese Beträge entsprechen — gemessen an den großen Notwendigkeiten und vor allem an den Bedürfnissen der vielfach unter den größten Schwierigkeiten arbeitenden Turn- und Sportorganisationen — auch nicht annähernd.

Ich muß wohl nicht erst sagen, daß sich die Aufgaben des Ministeriums auf dem Gebiete der Körperkultur mit den hohen Subventionsberechnungen nicht erschöpfen dürfen und daß es sich besser bewährt ist, die Arbeits- und Betätigungsmöglichkeiten der Organisationen der Körperkultur durch Errichtung von Turngebäuden, Lehmbädern und Spielplätzen, Bade-Einrichtungen usw. reicher zu gestalten.

Aber es würde, was ich hier sage, nicht ein trübes Bild der Arbeit des Gesundheitsministeriums ergeben, wenn ich nicht unterstreichen wollte, daß es in keinem Augenblicke jene bedeutungsvollen Funktionen der Körpererziehung übersehen, die in der Richtung der

gesundheitlichen Ertüchtigung des Volkes und besonders der arbeitenden Schichten

liegen und vor allem in der Aufgabe gipfeln, gerade durch die großen Leistungen der Turn- und Sportpflege die gewaltigen Schäden zu paralysieren, die aus der Mechanisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses und aus dem heutigen Arbeitstempo fließen.

Und damit sind wir auch bei der weiteren großen und kardinalen Aufgabe des Gesundheitsministeriums angelangt, der zunehmenden Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse in den von der Krise, Arbeitslosigkeit und dem Wirtschaftsnostand heimgesuchten Gebieten mit allen Mitteln zu steuern und hierbei das Hauptaugenmerk der

Jugend- und Kinderfürsorge

anzuwenden. Sie wissen ja, daß das Gesundheitsministerium unter Mitwirkung des Fürsorgeministeriums in diesem Jahre rund 10.000 Kinder arbeitsloser Familien, darunter 1000 Jugendliche, einer Erholungsaktion ausgeführt hat, wobei leider nur ein Teil der bedürftigen Jugend berücksichtigt werden konnte.

Nach habe Sie in großen Anstrengungen mit einigen Problemen und Aufgaben der Gesundheitsverwaltung befaßung gemacht, um Ihnen zu zeigen, daß wir, in deren Hände Sie die Sorge um die Gesundheit der arbeitenden Menschen gelegt haben, uns der Notwendigkeiten, die sich daraus für uns ergeben, vollends bewusst sind und unseren guten Willen, unser ganzes Können, unsere Hingabe in Ihren Dienst gestellt haben. Wir alle — Sie und ich —, jeder in seinem Aufgabebereich, geben unserer Bewegung das Beste. Da es aus Begeisterung für den Sozialismus, aus der opfervollen Hingabe für die Arbeiterklasse kommt, liegt es auf dem Wege zu unserem Kampziel: nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung der arbeitenden Menschheit!

Ein Jubiläum der tschechischen Sozialdemokratie

Die tschechische Sozialdemokratie veranstaltet heute in Prag eine Feier anlässlich des 25-jährigen Bestehens ihrer Parteidruckerei und der Errichtung des 45. Jahrganges ihres Zentralorgans „Právo Lidu“. Aus diesem Anlaß ist eine geschmackvoll ausgestattete F e s t s c h r i f t erschienen, welche u. a. Beiträge des Parteivorstehenden J a m p l, des Druckereileiters H u m m e l h a u s und des Chefredakteurs S t i v i n enthält. Man erfährt daraus manche interessante Einzelheiten aus den Anfängen des „Právo Lidu“, die bisher wenig bekannt sind. Die erste Nummer des Blattes ist am 27. April 1893 in Kulleny, einem Arbeiterort vor von Königgrätz erschienen, jede vierzehn Tage nur kam eine Folge heraus. Bald aber mußte die Zeitung, insbesondere wegen der Feindschaft des Königgrätzer Bischofs, nach Humolec übersiedeln und kurze Zeit darauf nach Prag, wo es einmal in der Woche erschien. Am 1. Oktober 1897 wurde es unter großen Opfern, welche die Parteigenossen und Funktionäre brachten — auch M a s a r y k brachte durch eine Sammlung laufend Gulden auf — in ein Tagblatt umgewandelt. Einen bedeutenden Fortschritt bedeutete es, als die Partei 1907 das Palais Kinsky in der Hybernska kaufte, wo das Blatt seither ein eigenes Heim hat. 1911 wurde dort eine eigene Druckerei errichtet, in der das „Právo Lidu“ von da ab gedruckt wurde. Denkwürdig in der Geschichte des Blattes ist der Oktober 1920, da die damalige Linke (spätere Kommunisten) sich des Blattes und der Druckerei bemächtigte und das „Právo Lidu“ in eine fremde Druckerei, sozusagen ins Exil, geben mußte. Aber es dauerte nicht lange, Haus und Druckerei wurden den rechtmäßigen Eigentümern zurückerstattet, seit 19. Dezember 1920 wurde das Blatt wieder in seiner Druckerei hergestellt. An dem Wiederaufblühen der tschechischen Sozialdemokratie hat die Zeitung, die Chefredakteur Stivin mit einer Reihe ausgezeichneter Mitarbeiter redigiert, einen hervorragenden Anteil. Sie ist eine geistige Rücklammer der tschechischen Sozialdemokratie geworden

und der Redaktion ist es gelungen, außerordentlich wertvolle Mitarbeiter und Fachleute heranzuziehen. Wir wollen die Gelegenheit des Jubiläums unseres Bruderblattes nicht vorübergehen lassen, ohne festzuweisen, daß unsere Redaktion in freundschaftlichem Einvernehmen mit dem Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie steht und daß uns des öfteren von dieser Seite liebenswürdiges Entgegenkommen bewiesen wird, wie das „Právo Lidu“ auch von uns erwarten kann. Wir wünschen dem Blatte der tschechischen Sozialdemokratie für die Zukunft das Beste und wollen das unsere dazu beitragen, damit die sozialistische Zusammenarbeit der beiden Blätter und Parteien eine immer engere werde.

Vor Redaktionschluss haben wir noch in die Jubiläumsnummer des „Právo Lidu“ Einblick nehmen können, die 78 Seiten stark, reich bebildert ist, Aufsätze führender Politiker, Volkswirtschaftler und kultureller Arbeiter der tschechischen Sozialdemokratie enthält und ein stolzer Beweis für die Bedeutung des Blattes und des Reichtums der Partei an hervorragenden Köpfen gibt.

Spitzenorganisation der tschechischen Selbstverwaltung. In Prahburg fand Donnerstag eine Beratung der Landesverbände der tschechischen und slowakischen Selbstverwaltungskörper statt, wobei beschlossen wurde, eine ganzstaatliche Spitzenorganisation unter dem Titel „Ständige Delegation der tschechoslowakischen Selbstverwaltungskörper“ zu schaffen. Zum Vorsitzenden wurde Jaroslav B e c a l aus Brünn gewählt. Diese Ständige Delegation wird durch ihre vier Landesverbände etwa 9500 Gemeinden, 348 Städte und 128 Bezirksausschüsse erfassen. Außerhalb des Verbandes bleibt vorläufig der Verband der tschechoslowakischen Städte und Gemeinden in Prag.

Der Präsident der Republik empfing am Samstag den Minister für Nationalverteidigung J. Machnik.

Präsident Dr. Beneš über seine slowakische Reise

Nach seiner Rückkehr von der Reise durch die Slowakei sandte der Präsident der Republik dem Ministerpräsidenten Dr. Hodža ein Handschreiben, worin er der Freude Ausdruck gibt, daß die Slowakei heute staatlich geeintig dastehe und den Wert ihrer Befreiung zu schätzen verstehe. Er habe aus diesen Wahrnehmungen Kraft für seine weitere Arbeit geschöpft.

In einem zweiten Handschreiben an den S t a n e m i n i s t e r Dr. C e r n h konstatiert der Präsident gleichfalls, daß er freudigem Fortschritt und wertvollem Optimismus der Bevölkerung und ihrer Repräsentanten ohne Unterschied der Nationalität, der Religion und der politischen Richtung bezeugt sei; die Bevölkerung habe sehr wesentlich ihr Lebensniveau erhöht und durch ihre Sprecher diesen Fortschritt auch mit Dank bezeugt. Vor allem auf kulturellem und sozialem Gebiet habe er einen Fortschritt beobachtet, für den sich in der Nachkriegszeit selten ein Beispiel biete. Politisch sei die slowakische Bevölkerung heute von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sie diesen Fortschritt ihrer staatlichen Einheit mit den böhmischen Ländern verdanke. Ebenso wachse unter den Ungarn und den Deutschen in der Slowakei das Verständnis, daß unter Minoritäten-Status ihnen eine feste und hinreichende Basis biete, um ihre Nationalität und ihr kulturelles Eigenleben zu erhalten und sie weiterhin zu fördern.

Eintägiger Kellnerstreik in Paris

Paris. Da die Vermittlungsverhandlungen in der Pariser Hotelindustrie betreffend die Regelung der Löhne am Freitag abends gescheitert sind, beschloß die Gewerkschaftsvereinigung Samstag den Generalstreik in der gesamten Pariser Hotelindustrie zu proklamieren.

Der Streik in den Hotels sowie in den großen Kaffeehäusern und Restaurants war ein vollständiger; in den kleinen Restaurants und Kaffeehäusern wurden die Gäste von den Besitzern und ihren Verwandten bedient. An manchen Stellen befehden die Streikenden die Restaurationsräume, die aber von der Polizei überall wieder geräumt wurden.

Am Abend teilte Staatsminister Paul Faure den Journalisten mit, daß die Arbeiter und die Arbeitnehmer eingewilligt haben, daß der Staatssekretär D o r m o h zum Schiedsrichter in ihrem Konflikt bestimmt werde. Der Konflikt im Hotelgewerbe wurde noch Samstag abends durch ein Abkommen beendet. Die Arbeit wird Sonntag im ganzen Umfang wieder aufgenommen werden.

Weshalb?

Wien. Alle deutschen Zeitungen aus der Tschechoslowakei wurden Samstag früh in Wien mit Müchigkeit auf die Publikationen über die Weshalb der Heimatschutz-Organisation beschlagnahmt. Auch Wiener Zeitungen wurden aus dem gleichen Grunde konfisziert.

„Du sollst nicht stehlen...“

Wien. Das ehemalige sozialdemokratische Arbeiterheim in Floridsdorf, das bei den Feberkämpfen vor zwei Jahren durch Geschüß- und Maschinengewehrfeuer stark beschädigt wurde und dessen Verwaltung später in Konkurs geriet, ist Samstag von dem neuen Besitzer, der Christlichen Metallarbeiter-Organisation, in feierlicher Weise wieder eröffnet worden. Der Christliche Metallarbeiterverband veranstaltet gleichzeitig in diesem Haus seinen Kongress.

Gömbös demissioniert?

Budapest. In politischen Kreisen verlautet, daß Ministerpräsident Gömbös um den 10. Oktober seinen Krankenurlaub unterbrechen und nach Budapest zurückkehren wird, um „verschiedene schwebende politische Fragen zu klären“, d. h. offenbar, um seine Demission zu geben.

„Der Kampf“

Sozialistische Revue
Heft 10, Oktober 1936

- Hat folgenden Inhalt:
- Wenzel Jalsky: Zentraleuropa und Westeuropa.
- Egon Schwelb: Der Moskauer Prozeß.
- Gregor Bienenfeld: Diktatur ohne Ideologie.
- Emil Franzel: Stände und Klassen.
- Mag Barth: Krise des Rechts und des Staates.
- S. W. Deutsch: Emil Franzels konservativer Sozialismus.
- Emil Strauß: Unser Kohlenbergbau.

Preis des Heftes 5 Kč, Jahresbezugspreis 50 Kč.
Redaktion und Verwaltung:
Prag II., Růžková 39.

WIRTSCHAFT DER WELT

Auf dem Wege zur Angleichung der Währungen

Die Hauptursache der Wirtschaftskrise in Frankreich, die auch auf die politischen Spannungen verhängend wirkte, ist die Überhöhung des französischen Preisniveaus gewesen. Infolge dieser Überhöhung wurden die französischen Waren von den Weltmächten verdrängt und der Fremdenverkehr, der für die französische Zahlungsbilanz immer sehr wichtig war, ging in bedeutendem Maße zurück. Andererseits erschien das hohe französische Preisniveau als ein Anreiz zu der Steigerung der Einfuhr von ausländischen Waren nach Frankreich. Man hat gegen diese letzte Erscheinung durch Zollserhöhung und Einschränkung von Kontingenten für ausländische Waren gekämpft, andererseits hat man durch Gewährung von Ausfuhrprämien die französische Ausfuhr energisch unterstützt. Aber alle diese Maßnahmen haben die Wirtschaftskrise nicht zu heilen vermocht, weil ja sie nicht imstande waren, die eigentliche Ursache der Krise, nämlich das allzu hohe Preisniveau, zu beseitigen. Schließlich griff die Regierung Laval zur radikalen Deflation, deren Ziel nichts anderes war als das innere Preisniveau zu senken. Diese Politik, die sich vor allem in der allgemeinen Gehalts- und Lohnsenkung ausdrückte und die zu einer großen Erbitterung unter den Volksmassen führte, hat aber ihr Ziel nicht erreicht. Gleichzeitig mit der Preisfestlegung in der Industrie ist die Regierung Laval genötigt gewesen, eine wesentliche Valorisierung (Preiserhöhung) der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchzuführen, so daß die Last der Deflation sehr ungleichmäßig verteilt wurde. Vor allem hat die Deflationspolitik zu einer katastrophalen Verengung des Innenmarktes geführt, ohne daß es ihr gelungen ist, bedeutende Erfolge auf dem Gebiete des Außenhandels zu erzielen. Die Regierung Blum hat mit der Deflationspolitik entschieden gebrochen und legte ihrem wirtschaftlichen Programm die Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung zugrunde. Aber diese neue Wirtschaftspolitik, die mit dem „Neuen Plan“ (New Deal) des Präsidenten Roosevelt große Ähnlichkeit aufweist, führte zu einer Erhöhung des inneren Preisniveaus. Der Abstand zwischen den französischen Preisen und den Weltpreisen wurde noch größer, wozu auch die entschiedene Preisstützung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse beitrug.

Die neue Erhöhung des Preisniveaus führte aber zu einer Verschlechterung der französischen Handelsbilanz, was wiederum eine bedeutende Minderungs der Goldbestände nach sich zog. Von Anfang August bis 18. September hat die Bank von Frankreich rund 2 1/2 Milliarden Francs in Gold verloren, so daß die Goldreserven der Bank sich auf 52,6 Milliarden senkten (vergleiche Veilage zu Nr. 226). Wenn man von dieser Summe jene 3 Milliarden Francs abzieht, die gegen Ende dieses Jahres an England zur Abdeckung des kurzfristigen Kredites gezahlt werden müssen, so verbleiben der Bank von Frankreich etwa 50 Milliarden Francs, d. h. jene Goldreserve, die nach allgemeiner Meinung unumgänglich notwendig ist nicht bloß vom Standpunkt der Verteidigung des nationalen Währungssystems, sondern auch für den Fall außenpolitischer Schwierigkeiten.

Unter diesen Umständen befand sich die Regierung Blum in einer schwierigen Situation. Entweder mußte man zu der durch die ganze vorangehende Erfahrung und durch die öffentliche Meinung verurteilten Politik der Deflation zurückkehren. Dies würde aber zu sozialen Konflikten schwerster Art führen, ganz abgesehen davon, daß die Deflationspolitik erfahrungsgemäß keine unmittelbare Besserung der Lage des Außenhandels mit sich brachte. Oder aber mußte sich die Regierung dazu entschließen, ohne die weltwirtschaftliche Position Frankreichs zu beachten, die Politik der Deflation, d. h. der Erhöhung der Preise und Löhne energisch fortzusetzen. Das wäre aber nur möglich, wenn die Regierung Blum sich zu einer weitgehenden Reglementierung und „Dirigierung“ des ganzen Wirtschaftslebens entschließen hätte, d. h. zu einer strengen Kontrolle über die Devisen, den Außenhandel und die Kapitalbewegung. Damit hätte aber Frankreich den Weg der „Autarkie“, der Abschließung von der Weltwirtschaft, betreten. Man kann verschiedene Meinungen darüber sein, ob nicht eine vorübergehende Selbstisolierung eine notwendige Durchgangsstufe auf dem Wege zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft sei. Tatsache ist jedoch, daß die Regierung Blum einen anderen Weg gewählt hat, nämlich den des Anschlusses an die Weltwirtschaft.

Es handelt sich bei der französischen Währungsreform nicht um eine isolierte Abwertung, sondern um einen Anschluß der französischen Währung an die angelsächsischen Währungen (alignement des monnaies). Die Vereinigten Staaten haben in der letzten Zeit eine

tatsächliche Stabilisierung des Dollars durchgeführt. Sie konnten es sich leisten, weil die Wirtschaftspolitik der Regierung Roosevelt tatsächlich eine mehr oder minder „isolierte Wirtschaft“ auf der Grundlage eines riesigen Innenmarktes zu verwirklichen suchte. London dagegen ist bis zuletzt gegen eine Währungsstabilisierung gewesen, weil England seine Wirtschaftspolitik nicht auf Beherrschung des Innenmarktes, sondern auf Durchdringung der Weltmärkte aufgebaut hat. Deshalb erstreben die Londoner Finanz- und Wirtschaftskreise eine gewisse Geschmeidigkeit der Währung, die sich an alle Situationen anpassen vermag. Aber es scheint, daß auch die Vereinigten Staaten am Vorabend einer bedeutenden Aktivierung ihrer weltwirtschaftlichen Betätigung stehen. Eine solche energische Betätigung der amerikanischen Wirtschaft auf den Weltmärkten, die eine notwendige Voraussetzung des weiteren Fortschreitens der amerikanischen Konjunktur ist (vergleiche Veilage zu Nr. 220), ist jedoch nur auf der Grundlage einer Verständigung

mit England möglich. Den wesentlichen Bestandteil dieser Verständigung würde aber die Angleichung der beiden angelsächsischen Währungen, wahrscheinlich im Sinne einer bestimmten Abschwächung des Pfundsterkes, bilden müssen. Auf diese kommende angelsächsischen Verständigung auf weltwirtschaftlicher Grundlage orientiert sich offenbar die neue französische Wirtschaftspolitik. Man sieht in Paris offenbar auf eine rasche Wiederherstellung der Weltwirtschaft unter angelsächsischer Hegemonie, was augenscheinlich auch für die weltpolitische Konstellation nicht ohne Folgen bleiben würde.

Abgesehen von diesen weltwirtschaftlichen Argumenten, kann man mit einiger Sicherheit auch für die französische Volkswirtschaft Günstiges von der Währungsreform erwarten. Die Umrechnung der Goldreserve der Bank von Frankreich auf die neue Währung wird der Regierung die freie Verfügung über etwa 20 Milliarden Francs verschaffen, was ihr die Verwirklichung der geplanten großen öffentlichen Arbeiten ohne weiteres gestattet wird. Vieles wird davon abhängen, ob es der Regierung gelingen wird, das Preisniveau im Kleinhandel auf seiner bisherigen Höhe zu halten. In England und zum Teil auch in Belgien konnte man beobachten, daß die Kleinhandelspreise hinter der

unumgänglichen Steigerung der Großhandelspreise bedeutend zurückblieben, so daß die Lebenshaltungskosten sich in gar keinem Verhältnis zu der Währungsabwertung, also nur ganz unbedeutend, erhöhten. Das ist auch an und für sich verständlich, weil für die Festlegung der Kleinhandelspreise viele Momente bestimmend sind, die in der Regel nach der Abwertung sich nicht verändern, wie z. B. die Steuerabgaben, Transportkosten, Kapitalzins und Zwischenhandelsgewinn. Der Regierung stehen natürlich Mittel zur Verfügung, um die Überhöhung der Kleinhandelspreise zu vermeiden. Unter anderem hat ja die Regierung die Möglichkeit, jederzeit die Zölle zu senken oder die Einfuhrkontingente zu erhöhen. Wenn es der Regierung gelingen sollte, eine bedeutende Erhöhung des inneren Preisniveaus zu hintertreiben, so wäre damit besonders die Steigerung der französischen Ausfuhr und die Verringerung des Fremdenverkehrs bestimmt erreicht. Das letztere ist besonders deshalb wichtig, weil im kommenden Frühjahr in Paris die Weltausstellung eröffnet wird. Entscheidende Bedeutung wird natürlich die Gestaltung des realen Arbeitslohnes haben, der durch die Währungsreform Gefahr läuft, eine tatsächliche Senkung zu erfahren. Hier, ebenso wie gegenüber den tatsächlichen Einkünften der Kleinrentner und Pensionäre, wird alles davon abhängen, bis zu welchem Grade die Regierung in ihren Maßnahmen gehen wird.

Entwicklung der französischen Wirtschaft

Die französischen Rechtskreise versuchen die schwierige Situation, in die heute Frankreich geraten ist, auf das Konto der Linksparteien und insbesondere der Regierung Blum zu schieben. Es handelt sich dabei um nichts anderes, als um eine neue französische Auflage der berühmten „Dolchstoßlegende“. In Wirklichkeit ist die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Frankreichs lediglich als Ergebnis der in den vorhergehenden Jahren erfolgten Entwicklung zu verstehen. Die Regierung Blum hat tatsächlich eine schwere Erbschaft übernommen, und man muß sagen, daß diese Regierung mit großer Energie und Umsicht in dem vorhandenen und durch die Entwicklung gegebenen Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft jene Maßnahmen durchführt, die durch die Situation diktiert werden: Man kann die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs im letzten Jahrzehnt nicht verstehen, wenn man nicht die beiden grundlegenden Tatsachen berücksichtigt: die im rasenden Tempo vor sich gehende Industrialisierung Frankreichs in der Nachkriegszeit einerseits und die Verarmung des französischen Mittelstandes andererseits. Noch viel interessanter ist die Tatsache, daß die französische Industrialisierung auf Kosten des Mittelstandes vor sich ging. Der Finanzapparat des bürgerlichen Staates hat seinerzeit, in den Jahren 1919—25,

wie eine gigantische Pumpe, Riesensummen mobilisiert, dem Mittelstande und den Sparern entzogen und dem Großkapital zugeführt. Das „Wunder der Inflation“ hat dann, wie auch anderorts, das Großkapital von seinen Verpflichtungen gegenüber dem „kleinen Manne“ entbunden. Die tragische Dialektik der Entwicklung führte jedoch dahin, daß der große Industrialisierungsprozess Frankreichs, ebenso wie die anderen europäischen Industrieländer, vor das Problem der Erweiterung des Innenmarktes gestellt hat, während gerade der Aufbau der französischen Industrie in der Nachkriegszeit Hand in Hand und zum großen Teil auf Kosten der Verarmung der breiten Verbrauchermassen vor sich ging. In diesem grundlegenden Widerspruch liegt die tiefste Wurzel der heutigen französischen Wirtschaftskrise. Diese wichtigste Ursache ist vor der letzten Weltkrise dadurch verdeckt worden, daß die französische Industrie auf den Weltmärkten ein großes Ventil besaß. Mit dem Einbruch der Weltkrise hat sich aber dieses Ventil verschlossen, und erst dann sah sich die in der ersten Hälfte der Nachkriegsperiode riesig gewachsene französische Industrie einem außerordentlich verengten Innenmarkt gegenüber.

Folgende Tabelle legt die Entwicklung der französischen Wirtschaft zwischen 1928 und 1936 dar:

Französische Wirtschaftszahlen 1928—1935. (Verhältniszahlen 1928 = 100)

	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Industrieproduktion	100	107	108	95	83	89	83	79
Umsatzsteuer	100	107	108	101	81	81	74	68
Geladene Eisenbahnwaggons	100	102	102	95	82	78	73	69
Arbeitslosigkeit	36	33	34	66	125	128	143	165
Verbrauch von Steinkohle	100	112	108	100	89	90	89	85
Konkurse	100	106	110	132	170	168	182	184

Diese Tabelle beweist, daß seit 1928, also nach der Stabilisierung der französischen Währung auf Goldbasis durch die Regierung Poincaré, die französische Wirtschaft einen fast ununterbrochenen Schrumpfungsprozess erlebt hat. Es handelt sich dabei nicht nur um die Auswirkungen der allgemeinen weltwirtschaftlichen Krise, sondern auch um eine für die französische Wirtschaft bezwögende Entwicklung. Das erhellt daraus, daß, während die anderen großen Wirtschaftsräume seit etwa Anfang 1933 ein bestimmtes Ansteigen der Konjunktur aufweisen, in Frankreich die Konjunktur sich bis Ende 1935 auf einem absteigenden Ast der Entwicklung befindet. Eine besonders herbe Sprache sprechen die Angaben über die Konkursöffnungen. Allerdings ist die Entwick-

lung in der Industrie nicht eindeutig gewesen. Manche Industriezweige haben sich viel widerstandsfähiger gezeigt als der Durchschnitt. Vor allem kann man eine erfreuliche Zunahme des Verbrauches des elektrischen Stromes feststellen. Die Papierindustrie hat gleichfalls eine große Aufwärtsentwicklung erlebt. In diesen beiden Fällen handelt es sich um strukturelle Veränderungen in der französischen Wirtschaft: es geht eine Modernisierung und eine Anpassung der französischen Industrie vor sich, alte Industriezweige werden durch neue verdrängt. Eine ähnliche Erscheinung kann man ja auch in England beobachten.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Industrieproduktion in Frankreich 1928—1935:

Entwicklung der Industrieproduktion in Frankreich 1928—1935 (Verhältniszahlen 1928 = 100)

	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Bergbau	100	105	104	93,6	83,8	86,2	88,1	85,7
Lebensmittelindustrien	100	107	111	117	116	112	109	104
Chemische Industrien	100	108	105	94	89	95	98	93
Papierindustrie	100	120	131	115	112	155	152	141
Textilindustrie	100	96,8	91,7	77,3	68,8	83,4	73,8	75,6
Hohleisen und Stahl	100	103	100	82,3	57,9	67,7	68,8	59,8
Automobilindustrie	100	105,6	101,2	88,7	75,7	82,2	81,6	78
Bauindustrien	100	119	128	119	103	95	85	77
Verbrauch des elektr. Stromes	100	110,5	119	109	105	115	118	123
Allgemeiner Industrieindex	100	107	108	95	83	89	83	79

Wir haben bereits oben darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der französischen Industrie nicht gleichmäßig vor sich geht. Neben der Schwerindustrie (Hohleisen und Stahl) und den Bauindustrien, die die allgemeine Entwicklung der

Konjunktur einigermaßen widerspiegeln, gibt es andere Industriezweige, wie z. B. die Papierindustrie, die eine gegen die allgemeine absteigende Konjunkturrichtung gerichtete Tendenz aufweisen.

Außenhandel Frankreichs in den ersten acht Monaten 1936

Die Hauptverwaltung der französischen Zölle gibt soeben einen Bericht über den Außenhandel im Jänner—August 1936 heraus. In der folgenden Tabelle geben wir die wesentlichen Ziffern über die Entwicklung des französischen Außenhandels in den entsprechenden Perioden von 1935 und 1936:

Außenhandel Frankreichs Jänner—August 1935 und 1936 (in Tausend Francs)

	Jänner—August		
	1936	1935	Differenz
Einfuhr	15.567.987	14.016.745	+1.551.242
Ausfuhr	9.446.938	10.234.839	-787.901
Handelsbilanz	-6.121.049	-3.761.906	

Wie man sieht, hat sich die negative Handelsbilanz, d. h. der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, im Jahre 1936 gegenüber der entsprechenden Periode des Jahres 1935 um rund 60 Prozent vergrößert. Diese Verschlechterung der Handelsbilanz ist eine der wichtigsten Ursachen für die französische Wirtschaftskrise gewesen, die die Regierung Blum schließlich zu der letzten Währungsreform gezwungen hat.

In der folgenden Tabelle ist der französische Außenhandel in den ersten acht Monaten 1936 nach den drei großen Warengruppen dargestellt:

Außenhandel Frankreichs Jänner—August 1935 und 1936.

Einfuhr:	Jänner—August in tausend Francs	
	1936	1935
Nahrungsmittel	4.678.225	4.113.278
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	8.526.172	7.524.946
Fertigwaren	2.363.590	2.378.521
	15.567.987	14.016.755
Ausfuhr:	Jänner—August in tausend Francs	
	1936	1935
Nahrungsmittel	1.434.474	1.612.196
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	2.646.147	2.790.162
Fertigwaren	5.366.317	5.832.481
	9.446.938	10.234.839
Einfuhr:	Jänner—August in tausend Wertmarken	
	1936	1935
Nahrungsmittel	3.979.504	3.589.810
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	25.894.773	25.029.736
Fertigwaren	1.084.901	1.088.727
	30.959.178	29.708.273
Ausfuhr:	Jänner—August in tausend Wertmarken	
	1936	1935
Nahrungsmittel	871.861	1.391.174
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	16.684.788	16.071.708
Fertigwaren	1.515.908	1.857.812
	19.072.002	19.320.694

Wie man aus dieser Tabelle erkennen kann, ist die Einfuhr der industriellen Rohstoffe und der Halbwaren im Jahre 1936 einigermaßen gegenüber der entsprechenden Periode von 1935, sowohl dem Wert als dem Gewicht nach, gestiegen. Dagegen muß man eine Abnahme der Einfuhr der Fertigfabrikate, sowohl dem Wert als dem Gewicht nach, feststellen. Die Steigerung der Einfuhr der industriellen Rohstoffe ist eine Folge der ansteigenden Innenkonjunktur. Aber es ist der französischen Industrie nicht gelungen, eine entsprechende Abnahme der Einfuhr auf den ausländischen Absatzmärkten zu erzielen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die gemeinsame Landeszentrale gegen Angriffe auf die Arbeitslosenunterstützung

Die gemeinsame Landeszentrale der freien Gewerkschaften befaßte sich in ihrer letzten Sitzung mit wichtigen wirtschaftlichen Fragen, vor allem mit den Vorkehrungen, die gegen die Teuerung getroffen wurden. Mit Rücksicht auf die Abwertung des Franc, wie auch der Abwertung in anderen Ländern, in welche wir exportieren, spricht sie die Forderung aus, daß die Regierung die Bestrebungen nach einer Stabilisierung der Währungen unterstütze und Vorkehrungen treffe, um den Export zu sichern und einem Preisanstieg auf dem Inlandsmarkt zu begegnen. Im Zusammenhang damit wurde konstatiert, daß der tschechoslowakische Export nicht nur unter der Preisspanne leidet, welche durch den höheren Wert unserer Währung auf den Auslandsmärkten verursacht wird, sondern auch durch den Mangel an Handelsverträgen und durch verschiedene Zollvorschriften, durch Devisenvorschriften und Kontingente. Die gemeinsame Landeszentrale stellt eine Reihe von Forderungen auf, die auch auf einen entsprechenden Ausbau unseres Exportinstitutes abzielt, welches leider infolge unzulänglicher Mittel seine Tätigkeit nicht so entfalten kann, wie es notwendig wäre.

Der Zentralrat genehmigte die Forderungen, welche die Zentrale in bezug auf die Regelung der Spirituswirtschaft vorlegt und

in welchem eine gerechtere Aufteilung der Produktionsanteile und der Schutz der Kollektivverträge verlangt wird.

Am Detail befaßte sich dann die Sitzung mit den Vorschlägen des Finanzministeriums in bezug auf eine Reform der staatlichen Arbeitslosenfürsorge. Die Zentrale hat keine Einwendungen gegen begründete Reformanträge, die sich auf eine Kontrolle der Arbeitslosenfürsorge beziehen. Entschieden muß sie jedoch dagegen protestieren, daß einzelne Fälle verallgemeinert werden, in welchen oft durch die Schuld von Gemeinde- oder Bezirksämtern das Gesetz mißbraucht wurde. Mit Entschiedenheit muß sie gegen die Anträge protestieren, in welchen gefordert wird, daß die Unterstützung in der Weise und die Stelle des Lohnes trete, daß eine Verpflichtung zur Abarbeitung der Unterstützung auferlegt werden würde. Dieses Ansinnen ist außerordentlich unsozial. Wenn tatsächlich Arbeit vorhanden ist, muß gefordert werden, daß sie den Arbeitslosen gegen entsprechenden Lohn zugebilligt wird und sie aus der Unterstützungsaktion ausscheiden. Es geht aber nicht an, den Lohn durch eine Unterstützung zu ersetzen. Die Anträge, in welchen die Einwendungen und Forderungen der Gewerkschaften in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung enthalten sein wurden genehmigt.

Große Mängel in der russischen Holzwirtschaft

meldet die „Leningradskaja Pravda“ vom 16. September. Sie stellt fest, daß die beiden größten Holztrusts Lenles und Lespromtrist sehr schlecht arbeiten. Sie schulden dem Lande einige Hunderttausend Kubikmeter Holz. Der Lenles-Trust sollte im dritten Quartal dieses Jahres 850.000 Kubikmeter Holz liefern, hat aber nur 188.000 geliefert, das sind nur 21,5 Prozent des festgesetzten Planes. Noch schlechter ist es mit der Ausfuhr bestellt. Zum 10. September d. J. war der Plan durch den Lenles-Trust erst zu 19,8 Prozent erfüllt. Da, an einigen Punkten sei der Plan überhaupt erst zu 1,5 bis 6 Prozent erfüllt. Die Schuld an diesen Mängeln führt die „Leningradskaja Pravda“ darauf zurück, daß es an Waldarbeitern fehlt. So klagt z. B. der Lenles-Trust darüber, daß ihm anstelle von 8500 Holzschlägern nur 1100 zur Verfügung stehen. Der Artikelautor wendet sich gegen die Parteiorganisation, die für die Wichtigkeit der Holzwirtschaft des Landes nicht das richtige Interesse aufbringen, und fordert das Einsetzen von Staatsnotizen, um die Produktivität bzw. die Arbeitsleistung zu steigern. (8)

Zusammenarbeit der Exportinstitute der Kleinen Entente-Länder

Belgrad. Die „Vreme“ veröffentlicht unter dem Titel „Vor wichtigen Beratungen in Bukarest“ ein Interview mit dem Generaldirektor des tschechoslowakischen Exportinstitutes Matějček.

Diesem zufolge ist es bisher zwischen den einzelnen Exportinstituten der Staaten der Kleinen Entente zu keiner Zusammenarbeit gekommen, ihre Systeme, Richtungen und Ziele sind so ungleichartig, daß sie bei den bevorstehenden wirtschafter Beratungen einander angepaßt werden sollen um der Entwicklung der Staaten der Kleinen Entente dienen zu können. Für die erfolgreiche Zusammenarbeit hält Generaldirektor Matějček regelmäßige Konferenzen von Vertretern dieser Institute für erforderlich sowie den Austausch von Verzeichnissen der Exporteure und Importeure, von Adressen unbekannter Firmen, die Organisation von Exkursionen und Ausstellungen, fachgemäße Bezeichnungen einzelner Warengruppen u. ähnl. Am erfolgreichsten könnte die Zusammenarbeit durch Schaffung ständiger Vertretungen aller Exportinstitute der Staaten der Kleinen Entente in allen Hauptstädten der Kleinen Entente gestaltet werden, von denen jede sowohl mit ihrem Institut als auch mit den Exporteuren des betreffenden Landes in Verbindung stünde. Diese Vorschläge wird die Tschechoslowakei am 5. Oktober bei den Beratungen in Bukarest machen.

Der Außenhandel der Sowjetunion. Nach amtlichen russischen Angaben betrug der Umsatz des Außenhandels der Sowjetunion in den ersten sieben Monaten 1936 1.487,925.000 Rubel gegen 1.391,750.000 Rubel in der gleichen Periode des Vorjahres. Der Export betrug 726,148.000 Rubel u. der Import 761,777.000 Rubel, zeigte somit ein Passivsaldo von etwa 35 Millionen Rubel. Die Passivität des russischen

Amerikas Feiertag der Arbeit

M. W., Hollywood.

Der erste Montag im September ist in Amerika der gefeierte Feiertag der Arbeit, der Labor Day. Er gilt jetzt in allen Staaten und Territorien und wird überall festlich begangen. Die Form dafür sind öffentliche Umzüge, die Labor Paraden, wie sie genannt werden. Nach dem großen Wörterbuch von Webster ist dieser Feiertag von Staats wegen „zu Ehren der Arbeiterklasse“ gestiftet, nicht dank der politischen Macht der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten (von einer solchen zu reden, wäre noch nicht zeitgemäß), sondern als demokratische Verbeugung vor der Arbeiterklasse. Er ist nicht wie der erste Mai in den demokratischen und sozialistischen Staaten Europas von der Arbeiterklasse erkämpft und später als Staatsfeiertag eingesetzt worden, als welchen ihn auch die faschistischen Machthaber beibehalten, er ist vielmehr ein der vielen Mittel, die Amerika anwendet, um dem Arbeiter das Gefühl zu geben, er sei ein völlig gleichberechtigter Bürger.

Das Wort Arbeiterklasse ist nicht beliebt in Amerika. Selbst in den Medien der sozialistischen Kufflärer wird davon sparsamer Gebrauch gemacht, was mit zu den Eigentümlichkeiten der amerikanischen Arbeiterbewegung gehört. Auch das Wort Proletariat, das in Europa bei allen sozialistischen Parteien Scheidewünne des Sprachgebrauches ist, wird in den Vereinigten Staaten kaum gebraucht. Weidus hat seine tiefen Ursachen. Vor allem die eine, daß die Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters, verglichen mit der des europäischen, tatsächlich höher ist; dann aber die weit wichtigere, daß der Arbeiter, der nach Amerika ausgewandert, die Meile in der Hoffnung antrat, „drüben“ Reichtümer zu erwerben. Ehe

er noch drüben war, begann in seiner Seele schon die „Jagd nach dem Dollar“, und war er einmal im Getriebe, dann verstärkte sich dieser Wunsch von Woche zu Woche, vom Lohnrücklage zu Lohnrücklage. Lebte er weiter, wie er es von Europa her gewohnt war, dann konnte er leicht Ersparnisse machen, leicht ein Grundstück auf Abzahlung erwerben, das ihn erst an einen kleinen Mittelkreis band und dadurch mehr abhängig machte, später ein Auto aus zweiter Hand, das ihn wieder freizügig machte. Eine dritte beschreibende Anzahlung und er wurde ihm sein Haus gebaut samt Badezimmer und Zentralheizung mit Gas. Und gegen kleine Wochenraten wurde ihm das Haus eingerichtet. Das Ganze lief auf eine etwas höhere Miete hinaus. Aber im Dandumdrehen war die Massenlage des „Proletariats“ verschoben. „Win ich denn noch ein „Proletarier“ mit meinem Gas und Garten, mit meinem Badezimmer, mit meinem Auto?“ So fragte er sich selbst innerlich und damit keimte in ihm das Gefühl auf, daß er im Aufstieg in die Mittelklasse sei, in den „Mittelstand“, wie das der tägliche Sprachgebrauch schon verwickelnd sagt. Daß man mit dem Mittelstand nicht Klassenpolitik treiben kann, hat auch der europäische Sozialismus erfahren.

So war die demokratische Verbeugung vor der Arbeiterklasse mit dem Labor Day ein ausreichendes Mittel, in den Arbeitern, das Gefühl zu verstärken, daß sie im Staate als Bürger und Arbeiter geachtet sind, und sie blind gegen die Tatsache zu machen, daß auch in Amerika von 100 Dollarjägern höchstens einer oder zwei ans Ziel kommen, die große Masse aber auch in Amerika an die Scholle ihrer Klasse gebunden bleibt. Sieht man eine Labor Day-Parade, so mengen sich in die Freude des Betrachters über den großen Aufmarsch auch solche Gedanken und es wundert einen dann nicht mehr, daß diese Paraden mehr Schaugepränge als Demonstration sind.

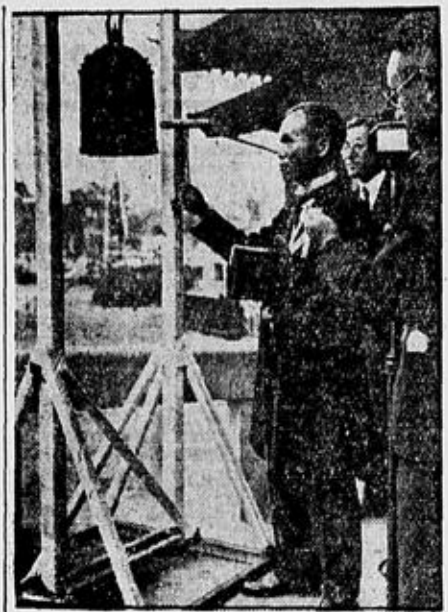
Außenhandels im laufenden Jahre ist auf die gesteigerte Einfuhr aus Deutschland und der Tschechoslowakei infolge des Kreditabkommens zurückzuführen.

Arbeitslosenslager in Japan. Die sechs größten japanischen Städte haben die Einrichtung von Arbeitslagern für Arbeitslose unter 35 Jahren beschlossen. Die Arbeitslosen sollen dort eine Vorbildung für gewisse Berufe sowie eine allgemeine Ausbildung erhalten. U. a. sollen die Beteiligten bei der Durchführung von staatlich geförderten Notstandsarbeiten Beschäftigung finden. Die Lehrgänge dauern sechs Monate. Die Arbeitslosen erhalten kostenlos einheitliche Arbeitskleidung; dagegen sollen sie grundsätzlich ihre Verpflegung aus ihrem Verdienst bestreiten. Der Staat beabsichtigt, diejenigen, die sich selbständig zu machen wünschen, zu unterstützen und ihnen gegebenenfalls Geld vorzuschießen, wenn sie eine geeignete Arbeitsmöglichkeit finden. Zur Förderung und Durchführung dieses Planes stellt das Schatzamt die zur Bezahlung des Unterrichtspersonals, der Lagermiete und die für die ersten Einrichtungskosten erforderlichen Mittel zur Verfügung; es trägt ferner die Hälfte der Unterhaltskosten.

Ausland

Frankreich und die Sowjetunion. (Ru.) In der letzten Zeit dringen in die französische Öffentlichkeit Gerüchte über eine bestimmte Lockerung der Beziehungen zwischen Moskau und Paris. Was an diesen Gerüchten wahr ist, läßt sich schwer feststellen. Deutlich ist allerdings die Tatsache, daß alle diese Gerüchte aus den Reichskreisen stammen. Jedenfalls ist es notwendig, diese Informationen zu registrieren. So läßt sich neuerdings wieder „Echo de Paris“ aus Genf durch Berting telephonieren: Der Pakt zwischen Moskau und Frankreich ist bekanntlich am 2. Mai 1935 unterzeichnet worden. Etwas später sei Laval in Moskau, im Gespräch mit Stalin, darauf eingegangen, daß zwischen den beiden Generalstäben ein ständiger Kontakt stattfinden solle. Laval soll dabei den Wunsch geäußert haben, daß vorher militärische Verhandlungen zwischen Prag und Moskau stattfinden. Seitdem sei jedoch nichts Praktisches geschehen. Es haben auch keine Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Rumänien stattgefunden. Die beiden letzteren Staaten wollten angeblich ohne Frankreich keine militärischen Verhandlungen mit Moskau führen. Andererseits legt man auch in Moskau in der letzten Zeit weniger Wert auf diese Verhandlungen, weil man einsehe, daß ohne Frankreich sie keine Bedeutung hätten.

Hinter den Kulissen der Abwertung. (Ru.) Wie man der Pariser Presse aus London meldet, soll der Schwerpunkt der der französischen Abwertung vorangegangenen Verhandlungen in London gewesen sein. Bereits Anfang Juli habe angeblich der Finanzattaché bei der Londoner Botschaft Frankreichs, Monique, ein überzeugter Anhänger der Abwertung und ein intimer Freund von Paul Reynaud, der ja seit Jahren die Notwendigkeit der Abwertung gepredigt hat, dem Ministerpräsidenten Blum einen ausführlichen Bericht darüber eingereicht. Wald darauf habe Blum in London eine Unterredung mit dem englischen Schatzkanzler, Neville Chamberlain, gehabt, in der bereits über die Einzelheiten der finanzpolitischen Abmachung zwischen London und Paris gesprochen wurde. Im Ergeb-



Tokio gedenkt der Toten von 1923

Am 13. Jahrestage des furchtbaren Erdbebens von 1923 fanden in Tokio dieses Mal besonders feierliche Gedächtnisdienste statt. Hier gibt der Bürgermeister der Stadt Tokio das Zeichen für ihren Beginn.

nis dieser Besprechungen sei dann Monique mit außerordentlichen Vollmachten nach Washington entsandt worden. Monique sei nämlich auch eng mit dem amerikanischen Finanzminister Morgenthau verbunden. Auch Paul Reynaud soll bereits damals zu den Verhandlungen zugezogen worden sein und eine amerikanische Reise unternommen haben, um die New-Yorker Finanzkreise günstig zu stimmen. Später soll allerdings Reynaud nicht mehr hinzugezogen worden sein, er hat auch gegen den Besetzungswurf über die Abwertung in der Kammer gestimmt. Auch der bekannte britische Sachverständige auf dem Gebiete der Finanzfragen, Sir Frederick Leith Ross, soll bei den Verhandlungen eine maßgebende Rolle gespielt haben.

Gegen die Reiseminister. Auf Vorschlag Vincent Charles hat die Konferenz der Konföderation in Margate eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Konferenz konstatiert mit Beunruhigung die Tendenz des Außenministers, sich die Funktionen von Berufsgelehrten anzueignen. Im Interesse des Weltfriedens fordert die Konferenz nachdrücklich von der Regierung, diese Politik aufzugeben. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Delegierte Clark, er wolle Eden nicht kritisieren, er wolle nur das Land vor einem Vorgehen warnen, welches die besonnene Arbeit der Diplomaten durch ostentative Reisen und Zusammenkünfte ersetzen will. Nach der Annahme der von Clark eingebrachten Resolution wurden die Beratungen der Konföderation Partei abgeschlossen.

Auch der Arbeiter Amerikas ist in erster Linie Amerikaner. Auch bei der Raibemonstration wird die amerikanische Flagge vorangetragen. Das ist das Ergebnis der öffentlichen Erziehung. Eine Nation, die seit ihrem Bestand täglich ausländischen Zuwachs bekommt, muß naturgemäß der Erziehung der zuströmenden Massen, der Erziehung zur Nation, zum Amerikaner eine viel höhere Aufmerksamkeit zuwenden als fertige Nationen mit einheitlicher Sprache und alter Ueberlieferung, die sich auch in den Familien forterbt. Kaum einem anderen Volk ist die Flagge so heilig, wie dem amerikanischen. Sie begleitet ihn buchstäblich von der Wiege bis zum Grab: Kleine Schullinien in Amerika ohne die Flagge und auf den Friedhöfen stecken in dem ebenen Rasen, der die Leiber deckt, immer wieder kleine amerikanische Flaggen. Sie sind häufiger zu sehen als Blumen in den in den Rasen eingelassenen Vasen. So waren denn auch in der Parade von Los Angeles ganze große Arbeitergruppen zu sehen, in denen jeder neben einem Gewerkschaftsflügel auch eine kleine amerikanische Flagge trug.

Der Amerikaner liebt öffentliches Schauepränge. „Paraden“ gibt es alle Weile. Im Juli waren es die „GIs“, eine Art „Freimaurer“ oder „Schlaraffen“, im August die Veteranen und im September sind es die Arbeiter. Da gilt es der Konkurrenz standzuhalten. Den anderen reichen Geldmittel zur Verfügung; die Arbeiter schalten die Liebe zur Sache ein.

Der Zug: Erst Motorpolizisten, dann die amerikanische Flagge, dann ein entzückend hübsches Mädchen in einer feidenen Phantasieuniform, die den silbernen Stab des Musikmajors schwingt und mit ihm nach hier beliebter Art jongliert. Sie führt eine Musikfappelle an. Die Musiker tragen Stanley-Hüte. Egoistisches Gepräge. Dann Autos. Eines mit dem Bürgermeister der wachlich kein Sozialist ist. Dann folgen anderthalb Stunden lang die Mitglieder der einzel-

nen Gewerkschaften. Nicht gebrängte Massen, festzugartig aufgestellt und viele in Kostümen oder mit besonderen Abzeichen. (Wichtig die erste Gruppe, die der Damenschneiderinnen, marschiert im Schutz von gleichen roten Sonnenschirmen auf, dann kommt die bunte spanisch sprechende Gruppe, ihr folgen hunderte mit den roten Schärpen der Gewerkschaft mit Goldausdruck. Internationaler Charakter: Regier, Weiße, Mexikaner, Japanesen, Chinesen. Die Skapenmacher tragen gleiche Skapen. Hinter ihnen ein Mexikaner zu Pferd mit Lasso. Dann zur Abwechslung eine Reglerpelle. Da der Zug stockt, spielen sie einen Tapptanz auf und alles in den dichten Spalieren tappt mit.

Und dann die lange Reihe der Festwagen. Die Zimmerleute stellen sich mit einem Haus in blauer Seide vor: Wir bauen die Kinowgenen. Die Musiker bringen einen bekränzten Bauernwagen mit einer Tiroler Bauernkapelle. Die Filmschauspieler führen in ihrem Auto O'Brien, James Cagney und andere Filmhelfer zur Schau mit. Sehr gelungen war eine Vorbereitungs im Betrieb, ebenso die hübsche Darstellung des Wandels der Zeiten, die die Transportarbeiter mit einem Pferdegespann, mit einer von acht Maulkieren gezogenen Landpost und mit einem Riesentransportauto unserer Tage boten. Die Schiffslöcher stellten einen Vadestrand des Pazifik dar, von dem aus zwei Nymphen im Vadekleid bunte Papierfliegen in die Spalier warteten.

Die Festwagen gaben dem Ganzen WOIStefest an und das war es, was den europäischen Waizügen z. B. seit jeher gefehlt hat. Auf Indifferente wirken solche Füge sehr. Sie zeigen mit. Das kann Europa lernen, die Amerikaner aber den Massenfang, der völlig fehlte und der es ist, der das Schauepränge zur bewußten Demonstration gestaltet, aus der man den „Massentritt der Arbeiterbataillone“ heraushebt. Aber es scheint, Amerika ist daran, auch das zu lernen. Die Not der Zeit wird zum Lehrmeister.

